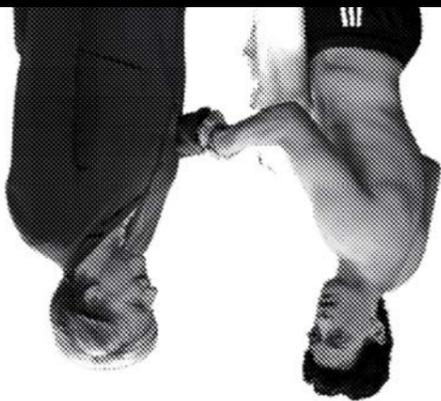


Demonstration gegen die  
Innenministerkonferenz

22. Juni 2011 | 18 Uhr  
Hauptwache | Frankfurt/M.



+++ LETZTE MELDUNG +++

Vor der Innenministerkonferenz in Frankfurt:

## Hausdurchsuchung und Kriminalisierung linken Widerstands

*Das »... ums Ganze!«-Bündnis verurteilt die Kriminalisierung des legitimen linken Protestes und erklärt sich hiermit solidarisch mit den von Repression betroffenen GenossInnen aus Frankfurt! Jetzt erst recht! – Beteiligt euch an den Protesten gegen die IMK!*

*Nach einer angeblicher Sprüherei wurden gestern, am 26. Mai 2011, zwei Personen in Frankfurt brutal festgenommen. Anschließend führte die Polizei eine unverhältnismäßige und illegale Hausdurchsuchung in einer linken Wohngemeinschaft durch. Ziel war die Kriminalisierung des Protests gegen die Innenministerkonferenz, die im Juni in Frankfurt stattfindet.*

Pressemitteilung des Frankfurter Bündnisses gegen die Innenministerkonferenz:  
Silvesterknaller statt „Sprengkörper“!  
Bündnis kritisiert Polizei und Berichterstattung!

*Nachdem in der Nacht vom 25. auf den 26. Mai zwei Personen in Frankfurt am Main von der Polizei wegen des Vorwurfs verhaftet wurden, politische Parolen gesprüht zu haben und ihre Wohnung von der Polizei durchsucht wurde, dreht sich das Rad der Kriminalisierung weiter.*

*In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 27. Mai wird behauptet, in der Wohnung der Betroffenen seien „Molotow-Cocktails“ und „präparierte Sprengkörper“ sichergestellt worden. Das ist falsch.*

*Gefunden wurde laut polizeilichem Beschlagnahmeprotokoll Benzin, das für Generatoren, Rasenmäher oder Zweiräder gebraucht wird. Bei diesem Benzin Molotow-Cocktails zu denken, spricht für die blühende*

## Kultur und die Kulturalisierung sozialer Konflikte

MigrantInnen und ihre Kinder sind eine „vergrabene Bombe“ und sie machen die Armutsstatistik kaputt (Stern-Chefredakteur Hans-Ulrich Jörges). Sie können nicht mehr als Obst und Gemüse verkaufen und Kopftuchmädchen produzieren (Thilo Sarrazin, SPD). Sie vernichten den Wohlstand (Udo Ulfkotte, Pax Europa), ihre Religion ist gewalttätig und macht sie zu Machos (Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder). Sogar eine Bierkrise in Bayern haben sie verursacht (Bayerischer Brauereibund).

Menschen mit Migrationshintergrund sind also zahlreichen Verunglimpfungen ausgesetzt, die sich vielfach auf ihre vorgestellte Kultur beziehen.

Dieser Form kultureller Stereotypisierungen liegt ein bestimmter Kulturbegriff zu Grunde: Einerseits wird Kultur als Gegensatz zur Natur gesehen. Keineswegs würden sich KulturalistInnen als (biologistische) RassistInnen sehen. Gleichzeitig wird Kultur als statisch und nicht durch die Einzelnen veränderbar gedacht. Sie ist homogen und gilt für alle Mitglieder eines vorgestellten „Kulturkreises“. Diese „Kulturkreise“ sind klar definier- und voneinander abgrenzbar. Teilweise werden sie als unvereinbar wahrgenommen, so beispielsweise bei radikalen VertreterInnen der These vom „Kampf der Kulturen“. Dabei ist der Kulturbegriff jedoch dynamisch genug, um die rassistischen Grundlagen von In- und Exklusion zu verschleiern. Für die Zuschreibung kultureller Stereotype und Rassismen verwenden wir den Begriff „Kulturalisierung“ statt des allgemein gebräuchlichen „Kulturalismus“, um den prozesshaften-temporalen Gehalt dieser diskursiven Praxis hervorzuheben.

### How to build a culture

Der essentialistische Kulturbegriff hat seine Wurzeln im Entstehungsprozess des europäischen Nationalismus im 19. Jahrhunderts. In Abgrenzung zu den Nationalismen der jeweils anderen Staaten wurde einer Nation eine gemeinsame Kultur unterstellt. Die Kolonialisierung durch die europäischen Mächte und die Auseinandersetzung mit der Sklaverei in den USA führten zu einer Definition von minderwertigen und primitiven Kulturen. Der Begriff entstand also keineswegs aus grundlagenwissenschaftlichem Erkenntnisinteresse, sondern muss als Reaktion auf neue Gegebenheiten verstanden werden. Kultur diente sowohl als Selbstversicherung nach Innen im Sinne eines nationalen Selbstbewusstseins gegenüber anderen europäischen Staaten und gegenüber den kolonialisierten, als auch der Optimierung der Ausbeutungsverwaltung von vermeintlich „minderentwickelten“ Kulturen. Im Sinne einer „white mans burden“ (Bürde des Weißen Mannes) sah man sich sogar in der Pflicht, aus der eigenen Überlegenheit heraus die Kolonisierten zu erziehen und ihnen Zucht und Ordnung im Rahmen einer Zivilisierung beizubringen, die „richtige“ Kultur eben. Sie können jedoch niemals endgültig zu Angehörigen der „höherwertigen Kultur“ werden, sondern werden

immer „Kopien“ bleiben, weil ihre eigene Kultur in ihnen verhaftet bleibt. Der innere Zusammenhang kann ihnen nicht verständlich werden.

Diese essentialistische Sichtweise von Kultur gilt zwar in der modernen Ethno- und Kulturwissenschaft als überholt. Dennoch wurde in der Öffentlichkeit nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und damit dem Ende der Systemkonkurrenz 1993 massenhaft Samuel Huntingtons These vom Kampf der Kulturen stark rezipiert. Die alte Einteilung in gute KapitalistInnen und böse KommunistInnen war passé, der Kapitalismus hatte gesiegt, doch Friede wollte nicht einkehren. Huntington behauptete, ein überhistorisches Wesensmerkmal kollektiver Zugehörigkeit sei die Kultur. Nach dem „Ende der Geschichte“ (Fukuyama) würden die Konfliktlinien dann nicht mehr zwischen den USA und ihren Verbündeten und der Sowjetunion, sondern zwischen „dem Westen“ und den anderen „Kulturkreisen“ verlaufen. In Anlehnung an den Geschichtsphilosophen Oswald Spengler, der mit der „konservativen Revolution“ Vordenker für die Nazis wurde, fürchtete er den Untergang des



migration beats  
gegen Integration und Ausgrenzung

migrationbeats.tk

eine antirassistische Veranstaltungsreihe von Mai bis Oktober 2011

Abendlandes. Er sah die Hegemonie des Westens durch Dekadenz und Verfall „westlicher Werte“ in Gefahr. Einzige Möglichkeit sei eine stringente Durchsetzung westlicher Werte und Normen durch starke Sicherheits- und Ordnungspolitik. Obwohl es natürlich unterschiedliche, mit den verschiedenen angeblichen Kulturkreisen verbundene Bedrohungen gibt (man denke beispielsweise an die Angst vor einer Übernahme des Weltmarkts durch China, die von Huntington auch besonders hervorgehoben wurde), kristallisiert sich der postulierte Gegensatz zwischen islamischer Welt und Westen als besonders konfliktgeladen und kulturell stereotypisiert heraus. Deshalb, und weil im Moment besonders muslimische Menschen in Europa mit kultureller Stigmatisierung zu kämpfen haben, fokussieren wir uns hier besonders auf dieses Phänomen. Der Islam gilt dabei als dem Westen feindlich gesonnen und kann nach dem 11. September 2001 als Rechtfertigung jeglicher außenpolitischer kriegerischer Maßnahmen und innenpolitischer Sicherheitsverschärfungen und Grundrechtseinschränkungen herhalten.

Die Unterteilung in Kulturkreise ist hanebüchener Unsinn: Wahrscheinlich sind die Unterschiede in Verhalten, Bildung und Einstellungen zwischen einem istanbuler Arbeiter, einer damaszener Intellektuellen und einem palästinensischen Bankangestellten ungefähr genau so groß, wie die zwischen einem deutschen Schrebergärtner und einer Rechtsanwältin in Teheran. Innerhalb eines vermeintlichen Kulturkreises und auch innerhalb des Islams gibt es unzählige verschiedene Strömungen, so wie es Bewegungen gibt, die mit Religion gar nichts am Hut haben. Zudem sind diese Kulturkreise in gegenseitiger Beziehung entstanden, sei es durch die Prägung der Griechen von den alten Ägyptern, die maurische Herrschaft über Spanien, die Kreuzzüge oder den Kolonialismus. Ist ja nicht so, als hätte es eine Mauer gegeben...

### My culture is better than yours ...

Die geostrategische Unterteilung der Welt dient jedoch verschiedenen Zwecken. Der postulierte Gegensatz zwischen „vormodernem, patriarchalem, antiaufklärerischem“ Islam und dem „aufgeklärt-demokratischen, liberalen und egalitären“ Westen dient dabei einmal der Selbstvergewisserung westlicher Staaten als „bessere“ Kultur. Dabei kann der Islam verschiedenen „VerteidigerInnen der Ordnung“ als Feindbild dienen, er eignet sich sowohl für LeistungsfanatikerInnen, die die fehlende Produktivität der dort lebenden Menschen beklagen, als auch für ChristInnen, die die christlichen Werte bedroht sehen, als Projektionsfläche. (Vermeintliche) FeministInnen wie Alice Schwarzer, die Frauen als passive Opfer des homogen gedachten Islam darstellen, und humanitäre InterventionistInnen und VerfechterInnen von Demokratie, instrumenteller Aufklärung und Säkularismus wollen den Staaten (im Zweifelsfall mit allen Mitteln) die Demokratie bringen. Das Feindbild Islam ist dabei nicht wie das alte Feindbild der UdSSR nationalstaatsbezogen, mit Ausnahme des Iran, sondern stellt ein amorphes Gebilde aus Terrornetzwerken, kulturell gedeuteten Eigenheiten und Bevölkerung, die sich in religiös determinierter Unmündigkeit und Unvernunft befindet, dar.

Die Bewegungen und Strömungen des politischen Islam, die in ihrer fundamentalistischen Ausprägung tatsächlich den Westen als Gegner sehen und die Welt unter islamistische Herrschaft stellen möchten, verdienen eine weitergehende Auseinandersetzung und sollen keineswegs verharmlost werden. Sie sind aber nicht Thema dieser Auseinandersetzung. Uns geht es hier um die kulturellen Zuschreibungen, die unterschiedslos allen MuslimInnen unterstellt werden.

### „Sollen sie doch dahin gehen, wo ihre (Groß-) Eltern herkommen“ (Ebermann und Trampert)

Innerhalb Deutschlands gibt es eine zunehmende Umdeutung sozialer zu kulturellen Konflikten: Angeblich verursachen Menschen mit Migrationshintergrund, egal wie lange sie oder ihre Eltern oder Großeltern hier leben, Probleme, weil ihre „Kultur“ eine andere und mit der vorgestellten deutschen Leitkultur nicht vereinbar ist.

Das betrifft in letzter Zeit besonders häufig Menschen muslimischer Religionszugehörigkeit. Oft als GastarbeiterInnen ins Land gekommen, entschieden sie sich trotz Unwillens seitens der deutschen Regierung dazu, in Deutschland zu bleiben. Ihre Kinder und Enkel sind in Deutschland geboren, werden aber nichtsdestotrotz als MigrantInnen und damit als Fremde gesehen werden. Staatlicher- und wirtschaftlicherseits wurden sie lediglich als billige, temporäre Arbeitskräfte begriffen, sie dienten als Konjunkturpuffer und „sozialer Fahrstuhl“

für ihre deutschen KollegInnen. Es wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, um bestmögliches und ledigliches Wirken als Arbeitskraft sicher zu stellen, so wurden sie nach dem Gesundheitszustand selektiert, sollten keine Familie haben und es gab ein rigoroses Rotationsverfahren, um endgültige Einwanderung zu verhindern. In logischer Folge beschränkten sich die staatlichen Aktivitäten auf arbeitsmarktpolitische und einwanderungsrechtliche Regelungen, Initiativen zur gesamtgesellschaftlichen und sozialen Teilhabe wurden hingegen nicht ergriffen. Statt dessen versuchte man durch „Rückführungsförderung“, die MigrantInnen wieder aus der deutschen Solidargemeinschaft hinaus zu komplimentieren, nachdem viele von ihnen mit dem Niedergang und der Umstrukturierung der sie beschäftigenden Industrien und der postfordistischen Arbeitsorganisation ihren Job verloren und prekariert wurden. Migration war und ist aus staatlicher Sicht eine Kosten-Nutzen-Rechnung und unterliegt damit der Logik des Kapitalismus: wer nützlich ist und profitbringend eingesetzt werden kann darf kommen und soll bleiben, alle anderen können sich ein besseres Leben in Deutschland oder anderen Staaten der EU abschminken.

Wolfgang Straubhaar, ein Wirtschaftsprofessor, der auch im Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration sitzt, fordert gar, die Sozialhilfe vom Wohnsitzland auf das Herkunftsprinzip umzustellen – türkische Migranten sollen, wenn sie auf staatliche Hilfe angewiesen sind, um zu überleben, diese auf dem Niveau der Türkei erhalten. Das gelte ja schließlich auch für importierte Waren, die ja auch nicht auf dem Lohnniveau deutscher Löhne hergestellt würden. Hier zeigt sich deutlich, wie Menschen als Arbeitskräfte, und damit lediglich als Waren verhandelt werden!

### We don't need no integration!

Heute wird besonders den ehemaligen „GastarbeiterInnen“ aus der Türkei und ihren Familien vorgeworfen, die Möglichkeit der Partizipation nicht selbst gegenüber der Ablehnung der Mehrheitsgesellschaft erkämpft zu haben: kollektive Integrationsunwilligkeit, fehlendes Demokratieverständnis und vormoderne Familienstrukturen wird ihnen angelastet, bis hin zu präventivem Terrorismusverdacht gegenüber MuslimInnen. So mit Vorbehalt belegt, müssen sie sich erst mal anstrengen, um überhaupt als „zu Deutschland gehörig“ anerkannt zu werden. Nämlich sich gefälligst integrieren!

Als grundsätzliches Prinzip gelten sozialchauvinistische Leistungsforderungen, was sich unter anderem in der Kopplung von Aufenthaltsgenehmigungen an die Möglichkeit zur Selbstfinanzierung zeigt: Es ist ja wohl das mindeste, dass MigrantInnen wenigstens fürs Bruttoinlandsprodukt nützlich sind und nicht dem Staat mit der Produktion von „Kopftuchmädchen“ auf der Tasche liegen. Dumm nur, dass sie dabei dann deutschen Arbeitslosen die Arbeitsplätze wegnehmen...

Es ist nahezu unmöglich für MigrantInnen, es der Mehrheitsgesellschaft recht zu machen. Dafür muss man besser deutsch sprechen als die meisten Deutschen, Abitur haben, aber trotzdem einen Job machen, den sonst keiner will, jeden Samstag den Rasen mähen und selbstverständlich Schweinefleisch essen. Und nur einer muss negativ auffallen, damit alle unter Rechtfertigungsdruck geraten. Als FremdeR, der/die vom Wohlwollen der guten Deutschen lebt, darf man sich trotzdem immer fühlen. Jedenfalls scheinen sich viele Deutsche Integration so vorzustellen. Sie wurde sogar in der Neufassung des Zuwanderungsgesetzes 2007 als „kulturelle Integration“ festgeschrieben.



*Fantasie der FAZ-Redakteurin, nicht aber für ihren Realitätssinn. Ebenso verhält es sich mit den sogenannten „präparierten Sprengkörpern“. Dabei handelt es sich um Silvesterknaller, die in anderen EU-Ländern legal im Handel erhältlich sind.*

*Dass die beschlagnahmten Gegenstände für „Anschläge“ auf die Innenministerkonferenz benutzt werden sollten, ist hanebüchene Spekulation und setzt dem FAZ-Bericht die Krone auf.*

*Sprecher Peter Hoffmann sagte dazu: „Hier scheint es allein darum zu gehen, den legitimen Protest gegen das Treffen der Innenminister im Juni mithilfe absurder Konstruktionen zu diffamieren und linke Zusammenhänge zu kriminalisieren. Offensichtlich genügt die Addition des Vorwurfs der Sprüherei mit Bezug zur Innenministerkonferenz, Benzin und Silvesterknallern für die Behauptung einer Anschlagplanung. Das ist schon eine mehr als absurde Konstruktion.“*

*Die Berichterstattung soll ganz offensichtlich vom unverhältnismäßigen und rechtswidrigen Vorgehen der Polizei ablenken. Deshalb noch einmal zur Klarstellung:*

- 1. Einer der beiden Verhafteten wurde vorsätzlich von einem Polizei-PKW angefahren, wobei schwere Verletzungen billigend in Kauf genommen wurden. Im Anschluss wurde der Kopf des Verhafteten mehrfach auf den Boden geschlagen, wobei seine Brille zerstört wurde. Eine offene Wunde an der Hand und einen gebrochenen Finger ließen die Beamten über eine Stunde unversorgt.*
- 2. Bei der anschließenden Hausdurchsuchung wurden auch Zimmer von Mitbewohnern durchsucht, gegen die keine Vorwürfe erhoben waren. Hierfür reichten den Beamten Plakate im Flur zur Begründung. „Eine Durchsuchung der Zimmer unbeteiligter Personen im Rahmen einer solchen polizeilichen Maßnahme ist vermutlich rechtswidrig“, sagte eine Anwältin der Betroffenen.*

*Das Vorgehen der Polizei und die Berichterstattung der FAZ zeigen vor allem eins: Bei einem Anlass wie der Innenministerkonferenz, die sich gerade um die repressive Verteidigung des Staates und der gesellschaftlichen Verhältnisse gegen vermeintliche Bedrohungen dreht, nutzt die Exekutive jede Gelegenheit, um den legitimen Widerstand dagegen zu kriminalisieren.*

**Solidarität ist eine Waffe! Lasst Euch nicht Einschüchtern!**

**Jetzt erst recht:**

**Wir kommen um zu stören – IMK auflösen!**

**22. Juni 2011 | 18 Uhr | Hauptwache | Frankfurt/M.**



Kommentar zu den Aktionen gegen NPD-Parteitag in Northeim (bei Göttingen)

## Außer Spesen nichts gewesen

*Am 22. Mai 2011 haben sich so ca. 100 Nazis in der Northeimer Stadthalle getroffen, um den niedersächsischen Landesparteitag der NPD abzuhalten. Das müssen sie nämlich wirklich – also Parteitag machen, nicht Northeim –, um dem deutschen Parteiengesetz Rechnung zu tragen und sich damit „demokratisch“ nennen und juristisch auch so behandeln lassen zu dürfen. Was da nun genau unter den Nazis gelaufen ist, sollte offenbar kein Mensch wissen, denn JournalistInnen und andere Interessierte waren ausgeschlossen. Für die konkrete Anti-Nazi-Praxis wäre das sicherlich interessant, doch für diesen Artikel ist es nur peripher – geht dem Artikel also am Arsch vorbei. Da es aber ja dennoch wichtig ist, was die Nazis so im Konkreten treiben, lest doch bitte npd-blog.info, die sind für gewöhnlich, und so auch in diesem Fall, gut informiert.*

*Immerhin rufen Nazi-Veranstaltungen nicht nur hier in der Region noch oder wieder oder was auch immer ein ordentliches Maß an Protesten auf verschiedenen Ebenen hervor – so auch in Northeim und im nahegelegenen Göttingen.*

*Northeims Bürgermeister K. (spd) kämpfte auf Verwaltungsebene gegen den Parteitag, bis er, nach eigenem Bekunden, „keine Kraft“ mehr hatte. Neue Nutzungsbedingungen für die Northeimer Stadthalle und 150.000 Euro Kautions konnten die NPD nicht stoppen, da sie juristisch keinen Wert hatten. Und vermutlich da das alles soviel Kraft gekostet hat, erwägt die Stadt Northeim nun nicht einmal das vielleicht auch nur symbolische Verbot weiterer angekündigter NPD-Veranstaltungen vor Ort – bei Redaktionsschluss stand eine Kundgebung auf dem Marktplatz am Pfingstamstag im Raum. Den Nazis hat es also offensichtlich ganz gut gefallen in Northeim, die durch den Polizeieinsatz und braven Protesten bescherte Ruhe scheint der NPD zuzusagen. Thorsten Heise hat sich ja auch über Jahre in Northeim pudel-, vielleicht besser „pitbull“-wohl gefühlt.*

*Nur am Rande: Da die Pfingstveranstaltung aber scheinbar u.a. vom Göttinger NPD-Kreisverband „gemanagt“ wird (Anmelder ist Marco Borrmann/Harz), bleibt erstmal abzuwarten, ob die das gebacken kriegen.*

*Aus Northeimer Interessenverbänden, Parteien, Vereinen und was das deutsche bzw. Northeimer Volk so hergibt, bildete sich schnell ein „Bündnis gegen rechts“. Von Linkspartei über Kirchen und Gewerkschaften bis hin zur CDU wurde zu einer „friedlichen und gewaltfreien“ Demonstration gegen die NPD aufgerufen. (Wobei uns und Ihnen, werter LeserInnenschaft, der Unterschied zwischen „friedlich“ und „gewaltfrei“ deutlich erscheinen mag, aber von dort klingt es doch eher nach „weißer Schimmel“.)*

*Ein „Bürgerfest“ sollte es auch geben und gab es dann auch noch hintendran.*

*Northeim bleibt und blieb also entweder ein durchschnittliches deutsches Dorf oder eine dumme deutsche Stadt.*

*Aber keine Angst liebe NortheimerInnen: Das ist nur ein ganz kleines bisschen Göttinger Arroganz, Göttingen-dorf kommt auch noch dran ...*

*Da wäre zunächst der arme Regionsvorsitzende H. (dgb), der das Northeimer „Bündnis gegen rechts“ und das Göttinger Pendant irgendwie zusammen oder sowas bringen musste.*

*Aus Northeim gab es Vorbehalte gegen Teile, linksradikale Teile, im Göttinger Bündnis und in Göttingen gegen rechte Teile im Northeimer Bündnis.*

*Umso komplizierter wurde es, als Göttingen blockieren wollte und Northeim nicht (oder jeweils Teile davon). Dieses Problem konnte noch gelöst werden, dadurch das Göttingen „Blockieren ist unser Recht“ erklärte, aber sich Northeims Aufruf – diese Geschichte mit „friedlich“ und „gewaltfrei“ und „Bürgerfest“ – anschloss.*

*Wiederum noch komplizierter bzw. ungelöst, blieb dann die Presseerklärungsschlacht ausgehend von Northeim, das mit A. (ali) und J. (jag) nichts zu tun haben wollte, weil wohl potentiell zu gewalttätig, ziemlich verbalradikal war es ja nun auch wirklich, und den Gegenreaktionen aus Göttingen. Wobei jenen Teilen des Göttinger Bündnisses durchaus hoch angerechnet werden darf, dass sie zu ihren BündnispartnerInnen stehen, auch*

Integration wird dabei als Einbahnstraße gesehen. Die „Anderen“ haben sich der „Normalität“ anzupassen. Dabei wird die Frage, was denn „normal“ sei, von der hegemonialen Mehrheit festgelegt. In diesem Diskurs sind Minderheiten unterrepräsentiert, zumal wenn sie von Minderheiten stammen, deren Lage prekär und deren sozialer Status niedrig ist.

Zudem bedeutet Integration natürlich immer die Integration in etwas hinein: In diesem Fall in die herrschende soziale Ordnung, deren sonstige Spaltungen, Klassenkämpfe und das Geschlechterverhältnis beispielsweise, dadurch negiert werden, indem diese Ordnung dennoch als Einheit gilt, mit der die Minderheit verschmolzen werden soll.

Dabei gehen wohlmeinende IntegrationsverfechterInnen von der irrigen Annahme aus, alle könnten gleichermaßen am gesellschaftlichen Wohlstand in kapitalistischen Verhältnissen teilhaben. Sie beschwören die vielgefeierte Chancengleichheit. Ganz abgesehen davon, dass Integration und die angeblich so hilfreiche Bildung als Teilhabebedingung die MigrantInnen nicht vor strukturellem Rassismus schützt, der ihnen auch mit Hochschulabschluss schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt einbringt, produziert der Kapitalismus selbst bei angenommener „Chancengleichheit“ nun mal Hierarchien, GewinnerInnen und VerliererInnen, Nützliche und Überflüssige.

### Den Widerspruch einseitig auflösen

Das Erleben, dass sich Integration auf den Verkauf der Arbeitskraft beschränkt und ansonsten zu keiner gesellschaftlichen Teilhabe führt, bewirkt unter Umständen eine identitäre Fokussierung auf die verklarte „Heimat“ und manifestiert sich im Nationalstolz der Diaspora und dem Festhalten an Traditionen und Prinzipien, die man woanders vielleicht längst über Bord geworfen hätte.

Man war wegen fehlenden Bemühungen, gesellschaftliche Teilhabe aufzubauen, gezwungen, seine eigenen kommunitären Überlebensstrategien anzuwenden. So ist nun die eigene Community wichtiger Identifikationspunkt und Unterstützungssystem geworden.

Die Arbeitskraft, die doch den eigenen Wert für die deutsche Gesellschaft ausgemacht hat, ist zudem noch teilweise überflüssig geworden. Wenn man nur der Mehrheitsgesellschaft nichts mehr wert ist: Warum sollte man sich dann ihren Regeln und ihren Vorstellungen von „Werten und Moral“ beugen? Oder wie es der türkische Botschafter in Wien ausdrückte (und damit einen Skandal auslöste): „Wenn man nicht willkommen ist und von der Gesellschaft immer an den Rand gedrängt wird, warum soll man dann Teil dieser Gesellschaft sein wollen?“

Heute wird diese erzwungene Notlösung der MigrantInnen „Parallelgesellschaft“ genannt und verteufelt. Von deutschen Parallelgesellschaften, am Starnberger See zum Beispiel, oder auf Mallorca oder in der Türkei, wo viele Deutsche in Enklaven leben und kein Wort türkisch sprechen, spricht niemand.

Insbesondere das Thema „migrantische Jugendkriminalität“ lässt den Blutdruck braver Deutscher steigen. Besonders bekannt wurde in den 90er Jahren der Fall „Mehmet“, eines in München geborenen jugendlichen „Intensivstraf Täters“ mit türkischem Pass. Hier zeigte sich mit Vehemenz die Absurdität der Kulturdebatte: Bei einem in Deutschland geborenen Jugendlichen wurde über die Möglichkeit der Ausweisung debattiert. Da fragt man sich doch, warum die Türkei für die Straftaten dieses jungen Mannes verantwortlich und zuständig sein sollte, der doch seine gesamte Sozialisation in Deutschland erhalten hatte. Aber als Mensch mit migrantischem Hintergrund bleibt man immer fremd in Deutschland und wenn man sich nicht deutsch genug verhält, droht die Ausweisung.

Die Gewissheit blutsdeutscher Überflüssiger, wenigstens deutsch zu sein und damit im Kollektiv scheinbar von Natur aus einen Anspruch auf Unterstützung und Teilhabe zu haben, bekommen die Ausgeschlossenen migrantischer Herkunft zu spüren.

So schaffen sich einige ihr eigenes System von Anspruchsberechtigung, die Anerkennung in der Subkultur sucht, in der nicht der gute Job, sondern das härteste Image zählt. Das ist durchaus auch unter deutschen Jugendlichen so. Und auch deutsche Familien ziehen sich in die Kleingartenanlage zurück und bleiben lieber unter sich. Dass der soziale Status der Kindern von dem der Eltern abhängt, gilt für alle in Deutschland lebenden

Menschen. Doch bei MigrantInnen ist das dann gleich die Kultur oder am besten noch, laut Sarrazin, eine genetische Vorliebe für Obst- und Gemüsehandel. So werden soziale Konflikte, in denen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum versagt wird, sie noch nicht einmal ihre Arbeitskraft zu einem angemessenen Preis verkaufen können und dieses Überflüssig sein zudem noch ständig zu spüren bekommen, zu Konflikten zwischen angeblich verschiedenen Kulturen gemacht.

Dazu kommt, dass strukturelle Benachteiligung den Betroffenen selbst angelastet wird.

Im Umgang mit MigrantInnen zeigt sich der innere Widerspruch des Kulturbegriffs der KulturalistInnen: einerseits wird Kultur den Menschen als quasi-natürlich, sozial vererbt und Generationen überdauernd zugeschrieben. Andererseits wird sie als Gegensatz zur Natur und damit als generell beeinflussbar gesehen. In doppelter Bewegung werden dabei rassistische Argumentationsmuster unter dem Deckmantel von Kultur salonfähig gemacht und Kultur naturalisiert. So können MigrantInnen aus ihrer Kultur zwar nicht heraus, sind daran aber dennoch selber schuld an ihrer Misere. Einerseits ist es ihre Kultur, die sie zur Erfolgslosigkeit verdammt, andererseits wird ihre Nicht-Integration, ihr missglücktes Vorankommen in der Konkurrenz ihnen als individuelles Versagen angelastet, wie auch Hartz4-EmpfängerInnen an ihrem Unglück selbst schuld sein sollen (siehe Text zum Sozialchauvinismus). Regelmäßig werden ihnen vorbildlich integrierte Menschen mit Migrationshintergrund vorgehalten, die es doch auch geschafft haben, sich im alltäglichen Kampf kapitalistischer Konkurrenz durchzusetzen. Im nationalen, schwarz-rot-bunten Standorttaumel der WM wurden die Migranten in der Nationalmannschaft sogar als Erfolgsmodell für Deutschland gefeiert. Nach der WM aber zeigte sich, dass das Fahnenherausgehänge keine Lebens- und Wertungschancen verbessert. Nach dem vermeintlich bunt-toleranten Höhenflug melden sich regelmäßig die Sarrazins der Republik zu Wort, um den arabischen und türkischen MigrantInnen kollektive Leistungs- und Integrationsverweigerung und allen



MuslimInnen genetisch veranlagte Dummheit vorzuwerfen. Sie ernten zwar rechtschaffene Empörung, weil man das „so ja wohl nicht sagen dürfe“, inhaltlich aber treffen sie auf weitestgehende Zustimmung in allen politischen Lagern.

### Rassismus – „Aufstand der Tüchtigen“ (Serhat Karakayali)

Aber Sarrazin hetzt auch gegen Hartz4-Empfänger. Warum ist soll da jetzt die Kultur so wichtig?

Die Leistungsethik - wer nicht arbeite(n wolle), solle auch nicht essen - als ökonomisch-rationale Grundlage, gilt für alle, ob Migrantinnen oder Blutsdeutsche. Aber die „deutschen“ Überflüssigen und LohnarbeiterInnen, die die Krise und den gewaltsamen Normalvollzug des Kapitalismus zu spüren bekommen, müssen ins nationale Kollektiv eingenordet werden. Schließlich muss dafür ja der Gürtel enger geschnallt werden.

So wird mit der vermeintlich „fremden Kultur“ als ideologischem Sozialkitt die „einheimische“ Bevölkerung gegenüber „SozialschmarotzerInnen“ in Stellung gebracht. Reale Widersprüche zwischen dem Glücksversprechen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und den Lebensverhältnissen der Menschen, zwischen dem Zwang, sich täglich abzurackern und der Tatsache, dass man dann doch nichts davon hat, werden aufgelöst, hin zum Einschliefen ins nationale Kollektiv. Das vereinzelt Subjekt, dass sich im täglichen Hamsterrad entfremdet fühlt und für das seine Mitmenschen eine Bedrohung, zumindest eine Konkurrenz darstellen, kann wenigstens die Einheit der Einheimischen gegenüber den „Anderen“ zelebrieren, die ja auch irgendwie an allem schuld sind.

Die Mehrheitsdeutschesgesellschaft trifft selbstverständlich an all dem keine Schuld: schön verdeutlicht dies ein Bild-Artikel über das Verhältnis zwischen Deutschen und „TürkInnen“ (die sich mit oder ohne Pass zum großen Teil selbst als Deutsche begreifen): keineswegs hassen die TürkInnen, wie Ministerin Kristina Schröder vermutet, die Deutschen, hingegen mögen 38 % der Deutschen keine türkischen NachbarInnen. Türkischstämmige Jugendliche wünschen sich Kontakt zu Deutschen, aber nicht umgekehrt. Keineswegs werden nun rassistische Vorurteile kritisiert, statt dessen wird man gefragt, was man denn davon halte: Tja, die werden schon irgendwas an sich haben, wegen dem man sie nicht mag... Erkenntnisse wie die der Heitmeyer-Studie zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rassistischen Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft führen nicht zu einer Auseinandersetzung mit den rassistischen Einstellungen der Gesellschaft. In einer Studie wird festgestellt, dass 68 Prozent der Befragten bezweifeln, dass die meisten Zuwanderer aus islamischen Ländern in absehbarer Zeit gut Deutsch sprechen werden und 71 Prozent der Ansicht sind, dass auf den Schulhöfen ausschließlich deutsch gesprochen werden sollte. Dies versteht der Emnid-Chef als Aufforderung an den Staat und an die MigrantInnen, etwas dagegen zu tun – Selbst schuld!

Der Wunsch der MigrantInnen nach Integration ins nationale Zwangskollektiv ist dabei verständlich: schlimmer, als bei dem Spiel namens „Leben und Arbeiten im Kapitalismus“ mitmachen zu müssen, ist schließlich nur, davon (teilweise oder ganz) disqualifiziert zu werden, weil man den falschen Pass, den falschen Namen, die falsche Hautfarbe hat. Das Integrationspostulat gilt ohnehin nur für die, mit deren Anwesenheit man sich wohl oder übel abfinden muss – Flüchtlinge, Geduldete, Papierlose dürfen noch nicht einmal damit rechnen, dass jemand Integration von ihnen fordert.

Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen in die EU einwandern wollen, trifft es noch härter. Ihr Schicksal, sich auf dem Mittelmeer Lebensgefahr auszusetzen und schließlich, falls sie überleben, in griechischen und italienischen Flüchtlingslagern auf ihre „Rückreise“ zu warten, wird regelmäßig trotz der faktischen Abschaffung des Asylrechts in Deutschland seit Beginn der 90er Jahre zur politischen Mobilisierung genutzt. „Das Boot ist voll“, früher noch Slogan rechtsradikaler Parteien, ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen und wird auf dem Mittelmeer durch Frontex zur handfesten Entscheidungsschlacht der (Über-)Lebenschancen.

So werden die Flüchtlinge aus den Maghreb-Staaten zur Manövriermasse bei der Debatte darüber, wie Europa seine Grenzen schützen soll und welchen Staaten man dafür die Verantwortung zu schachern kann. In widerwärtigem „Sarrazynismus“ (Madog, Kaveh und Gigoflow) wird betont, dass sie als junge Menschen lieber in ihr Heimatland zurückkehren und dort die Demokratie aufbauen sollten.

### Multikulturalismus, Universalismus oder was?

Lange Zeit galt der linke Kampf der Anerkennung einer „multikulturellen Gesellschaft“. Die Differenz zwischen Gruppen und ihrer „Kultur“ gelte es zu akzeptieren und zu tolerieren, der Zwang zur „Germanisierung“ in der bundesdeutschen Integrationspolitik wurde abgelehnt. In Deutschland konnte sich, im Gegensatz zu den USA oder Kanada, diese Sichtweise auf die Gesellschaft nicht durchsetzen. Dort wurde sowohl seitens der verschiedenen MigrantInnengruppen um Anerkennung gekämpft, als auch schließlich das Prinzip auch staatlich integriert. In Deutschland hingegen bestreiten einige Unionspolitiker immer noch, dass sie in einem Einwanderungsland Politik machen. Und den Satz, Multikulti sei tot, hat man in letzter Zeit sehr oft gehört und darf sich fragen, ob Multikulti eigentlich jemals in Deutschland gelebt hat.

Der Begriff und die Vorstellung von der multikulturellen Gesellschaft birgt jedoch auch Fallstricke: alles, was angeblich Kultur sei, wurde mit einem Wert versehen und als unhinterfragbar gedacht: alles, was kulturell ist, ist schützenswert.

In Deutschland blieb der Diskurs um Multikulturalismus zudem eine Diskussion der weißdeutschen Mehrheit, migrantische Stimmen waren darin nahezu unhörbar. Die Manifestation des Multikulti-Gedankens in der Ethnofolklore verdeckte stattdessen reale soziale Ausschlüsse und Hierarchien.

In diesem Diskurs über Multikulturalismus offenbart sich das gleiche essentialistische Kulturbild, wie es auch die KulturalistInnen pflegen.

Einerseits werden damit MigrantInnen auf ihre „kulturellen Hintergrund“ festgeschrieben. Weil ihre Kultur so

wertvoll ist, sollen sie Döner verkaufen und Folkloretänze aufführen, aber bloß nicht die sozialen Verhältnisse, die zu ihrem Ausschluss und ihrem Status als Andere führen, kritisieren.

Andererseits werden Herrschaftsmechanismen, die als kulturelle Praktiken getarnt sind, nicht mehr kritisierbar. Dabei geraten MultikulturalistInnen dann auch mal in die Bredouille, die Steinigung von Frauen durch das Mullahregime im Iran als „kulturellen Unterschied“ diskutieren zu wollen (MdB Luc Jochimsen in konkret 01/2010). Letzendlich werden Menschen so zum Anhängsel ihrer Kultur gemacht, unfähig, sich davon selbstbestimmt zu befreien.

Eine Reaktion auf diese doch sehr antiemanzipatorischen Folgen ist die Forderung universeller bürgerlicher Rechte und des Einhaltens „aufklärerischer Werte und Normen“, die (von einigen ihrer VerfechterInnen durchaus auch mit Gewalt) durchgesetzt werden sollen, in Deutschland und auf der ganzen Welt.

Innerhalb Deutschlands findet sich diese Argumentationsweise momentan vor allem in der Diskussion über Sexismus bei Menschen mit Migrationshintergrund. Hier gleitet die Diskussion schnell dahingehend, allen Menschen mit muslimischem Hintergrund wegen ihrer angeblichen Religion aka Kultur Sexismus zu unterstellen. Oft erfolgt dann der Ruf nach rechtsstaatlichen Maßnahmen, die aber meist nicht auf die Förderung von Frauenrechten im Sinne von Rechtsschutz und vereinfachtem Zugang zur Justiz abzielen. Stattdessen werden repressive Maßnahmen gegen unterdrückerte MigrantInnen gefordert, die für die Frauen meist böse Konsequenzen haben.

Sie verstärken noch die Diskriminierungen migrantischer Frauen, der sie auf Grund ihrer Stellung als Frau und „Fremde“ ausgesetzt sind. Als handelndes Subjekt kommen sie dabei nicht vor, die Wahl des Tragens eines Kopftuchs ist beispielsweise immer nur Folge der patriarchalen Unterdrückung in der Familie, während niemand einer deutschen Frau, die Kinder statt Familie wählt, unterstellen würde, dass dies notwendigerweise der patriarchalen Unterdrückung durch ihren Ehemann geschuldet sei.

Auf internationaler Ebene bezieht sich die Diskussion vor allem auf patriarchale Unterdrückung und religiösen Fundamentalismus sowie diktatorische Regime.

Dabei lässt man oft genug unter den Tisch fallen, dass mit der „Demokratisierung“ von Staaten Interessen seitens der demokratisierenden Staaten verbunden sind und welche Mechanismen sich darin vollziehen.

Es geht dabei ja nicht um einen altruistischen Akt der Nächstenliebe! Marktöffnung, Gewinnung von Bündnispartnern und die Verschiebung von Machtverhältnissen sind die Ziele, und letztendlich geht es um die Schaffung von Produktionsverhältnissen, die die bestmögliche Ausbeutung ermöglichen.

Zynisch soll in dieser Denke Menschen vorgeschrieben werden, was das Beste für sie sei und die eigene Perspektive wird paternalistisch als die einzig universelle gesetzt.

Natürlich muss sexistische und religiöse Unterdrückung kritisierbar sein. Aber diese findet nicht fernab hegemonialer Denkmuster statt. Auch wenn sie emanzipatorisch gemeint ist, unterliegt sie doch immer dem Dilemma, selbst in unterschiedliche Hierarchieverhältnisse eingebettet zu sein.

Verstehen wir uns nicht falsch: es ist in vielen Belangen besser und sicherer, in einer kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft statt unter dem Joch einer wie auch immer sich legitimierenden Diktatur zu leben.

Dennoch meint Freiheit und Gleichheit im Kapitalismus die Freiheit, seine Arbeitskraft zu verkaufen und frei von eigenen Produktionsmitteln zu sein und die Gleichheit vor der jeweiligen Verfassung. Sie schreiben damit reale Ungleichheit fest.

Dass alle die gleichen Chancen hätten und gleich zu behandeln seien, weil sie mit gleicher Leistung das gleiche erreichen können, sieht sowohl von struktureller Diskriminierung ab, als auch von den unterschiedlichen Erfahrungs- und Erlebenswelten der Menschen.

wenn diese im Dorf (nun doch Göttinger Arroganz, aber wir werden ja nun auch von Berlin immer Dorf genannt) als unschick gelten! Oder gilt es vielleicht in Göttingen auch nur als schick, also politisch opportuner bzw. notwendig mit den Autonomen zusammen zu sein? Spekulieren wir lieber nicht weiter und sind damit erstmal glücklich in Göttingendorf.

Für Herrn H. kam es am Sonntag, also als Konfirmation und NPD in Northeim war, aber noch dicker:

Göttinger Bündnismenschen inclusive autonomer Antifas hatten einfach keine Lust sich in Northeim ein zweites Mal durchsuchen zu lassen, denn das hatten ein paar Cops unter Mithilfe von Pfefferspray schon in Göttingen erledigt. Folge des ganzen Manövers waren – außer Hunderten Bullen am Northeimer Bahnhof und Hunderten AntifaschistInnen, die sich die Beine in den Bauch standen und sich gegenseitig auch ab und zu mal ein bisschen schubsten und zwei Personaliaufnahmen und Anzeigen samt spektakulärem BFE-Zugriff auf die Betroffenen – einfach Hunderte Menschen, die nicht bei der Bündnisdemo waren oder in Northeim herumliefen, um Nazis zu treffen oder den Northeimer Einzelhandel zu unterstützen konnten.

Das führte nun dazu, dass kleine Teile der Bündnisdemo relativ schnell Richtung Bahnhof zogen und irgendwann später die ganze Demo hinterher, um die Menschen vom Bahnhof abzuholen. Die Einsatzleitung jedoch bestand nachwievor auf den Kontrollen und behielt einfach aufgrund ihrer physischen und nominellen Stärke heraus die gleiche Haltung am gesamten Tag ... so kamen beide Gruppen nie mehr an diesem Tag zusammen.

Solidarität ist ein schönes Gefühl und notwendig und das ist nun auch keine Satire! Danke denen, die gekommen sind und solidarisch gewartet oder aktiv geholfen haben!

Warum ein kleiner Teil der Bündnisdemo schnell am Bahnhof vorbeigezogen ist, während der Hauptteil eine Weile wartete und andere bis zum Schluss am Bahnhof blieben, erklärt sich wohl von selbst. Trotz der „Volksfront“, wie wir es selber genannt haben, besteht eben doch ein Unterschied zwischen jenen, die sich als antifaschistisch begreifen und dementsprechend handeln, und denen, die mit Nazis nur ein Standortproblem haben.

Herr H. muss sich nun dazwischen entscheiden. Denn in beiden Bündnissen kracht es gewaltig, auch öffentlich und via Presse. Teile der Bündnisse, gerade aus Göttingen, von Linkspartei über ver.di-Jugend über Grüne bis hin zur SPD kritisieren den Polizeieinsatz und das Fortführen der Demo in Northeim massiv.

Zu recht, unserer Meinung nach, aber alles in allem ist das wohl auch ein guter Stresstest für das Göttinger Bündnis. Es ist gut zu wissen, auf welche Leute menschlich verlassen kann, wenn mal was passiert. Und es könnte durchaus mal weitaus haariger werden als in Northeim. Das Göttinger „Bündnis gegen rechts“ hat schon einige dieser Stresstests ausgehalten, wir hoffen dieses Mal wieder.

Die Polizei, die Bullen, die Cops haben in Northeim und Göttingen mal wieder Auftragsübersollerfüllung betrieben. In der Göttinger Region ist dies aber nachwievor nicht überraschend, da weder die Traumatherapie

nach dem „Goldenen Oktober 2005“, was ja nun auch immerhin fast sechs Jahre her ist,

noch alle Initiativen gegen den Schaum vorm Mund geholfen haben. Gegen den Schaum vorm Mund richtet sich übrigens seit September 2010 die Initiative „BürgerInnen beobachten Polizei und Justiz“ (<http://www.buerger-beobachten-polizei.de>), die gerade eine Online-Petition gegen Pfefferspray-Einsätze gestartet hat – also mal unterstützen bitte, tut Euch und Eurer Gesundheit und derer von ganz vielen anderen Menschen gut. Alle anderen, die via Pressemitteilungen, Kampagnen, öffentlichen Aktionen und Veranstaltungen, juristischen Kämpfen der Polizeidirektion Göttingen auf die Finger geklopft haben, wollen wir dabei nicht vergessen, nur nochmal gerne explizit auf die neue/alte der Gegenbeobachtung hinweisen.

Jedenfalls ist und bleibt es Frechheit wie politischer Skandal zugleich,





wenn bei der Abreise in Göttingen schon bei der ersten kleinsten Rängeleich nach „Pfeffer“ geschrien wird, um Durchsuchungen durch- und umzusetzen, dann bei quasi Hautkontakt die Zugfahrt nach Northeim zu begleiten, um dann wieder das Durchsuchungs- und

Abtatschritual am Northeimer Bahnhof erneut durchführen zu wollen. Die spätere Erklärung nur in Taschen schauen zu wollen, aber gleichzeitig von zwei Menschen aufgrund der Auseinandersetzungen die Personalien haben zu wollen, ist höhnisch und demütigend. Demütigend im Sinne von „Ergebt euch freiwillig, wir kriegen Euch sowieso“. Haben sie dann ja auch gemacht, aber ein politisches Einschüchterungsspielchen außerhalb des Gesetzesauftrages war es definitiv.

Auf der Rückfahrt dann Auseinandersetzungen im engen Eingangsbereich des Zugs zu beginnen, die antifaschistischen RückfahrerInnen im Göttinger Bahnhof festzuhalten und zur Demo zu zwingen (O-Ton: „Entweder Sie melden eine Demo zum Ort Ihrer Wahl an oder wir bringen Sie zu einem Ort unserer Wahl“) war nicht nur illegal (ist uns ja auch scheißegal, aber den Bullen beim NPD-Schutz ja sonst immer überhaupt nicht), sondern der politische Sektkorken seitens der Polizei an diesem Tag.

Aber „die“, „ihr“, „wir“ Linken oder Autonome oder Antifas oder wie immer wir uns so bezeichnen ...

War es wirklich das richtige Konzept, die 2. Kontrolle zu verweigern und nicht nach Northeim reinzugehen? Dort eine kleine, aber feine linksradikale Demo bis zur Bündisdemo zu machen? Oder in einen kleinen bis großen Gruppen in der Stadt rumlaufen zu können und mal was blockieren oder mehr zum machen?

Rechnen wir eigentlich damit, unkontrolliert zu einer Nazi-Veranstaltung zu fahren – mit öffentlich angekündigten Abfahrtszeiten und Treffpunkten? Leben wir in den 80ern als gelegentlich Kontrollstellen durch vorbereitete und organisierte Massenmilitanz beiseite geschafft wurden?

Und seit wann diskutieren wir wieder mit Bullen? Pöbeln, verhöhnen und sowas ja klar, verhandeln können die, die vorher dafür auserkoren wurden, aber die ständigen Versuche eines ernsthaften Argumentenaustausches auf einer Demo, bei der An- und Abreise?

War es richtig, als sich die Bündnis-Demo gespalten hatte, nicht zu den solidarischen Menschen zu gehen – auch trotz Durchsuchungsandrohung durch die Polizei? Lieber zurück nach Göttingen, wo vorneherein auch nichts mehr zu gewinnen war?

Sicher, der Bulleneinsatz am Bahnhof war skandalös und es war richtig sich den Kontrollen zunächst zu verweigern. Nicht nur weil es das zweite Mal gewesen wäre, sondern auch weil die Durchsuchung of ziell juristisch individuell begründet werden muss. Vor allem aber unter dem politischen Gesichtspunkt dadurch Unmut über Polizeieinsatz und Versammlungsrecht auszudrücken, also das Gewaltmonopol erst einmal nicht freiwillig zu akzeptieren.

Dass so etwas in Deutschland 2011 im Regelfall aber ein symbolischer Akt bleibt, viel symbolischer als das, was eventuell, ja auch nur eventuell, außerhalb des Bahnhofes möglich gewesen wäre, sollte uns allen klar sein. Sich selbst oder gar GenossInnen bei dieser Form der Symbolik die Finger oder mehr zu verbrennen, sollte vorher nicht nur überlegt, sondern auch diskutiert sein.

Es ist auch wunderbar, auf Prinzipien (oder auch Rechten im bürgerlichen Staat), wie nicht angemeldeten Demos, keinen Vorkontrollen, keinem Spalier, keiner Filmerei usw. usf. zu beharren und diese durchzusetzen. Allerdings sollte unserer bescheidenen Meinung nach das Kräfteverhältnis, das real physische, das psychologische und auch das – und das vor allem – politische mitgedacht und einbezogen werden. Das ist in Northeim von linksradikaler Seite nicht passiert.

„Entdecke die Möglichkeiten“ hieß es vor ein paar Jahren mal auf einem Plakat gegen einen Nazi-Aufmarsch in Göttingen. „Kenne die Möglichkeiten“ möchten wir nun gern hinzufügen.

Individuen haben nicht die gleichen Voraussetzungen, sie haben unterschiedliche Erfahrungen und Lebenswelten, darunter auch Migrationserfahrungen oder die Erfahrung, in einem Land aufzuwachsen, in dem sie, trotzdem sie dort geboren sind, als FremdeR angesehen werden und in dem die Bildungs- und Aufstiegschancen von der Herkunft (im sozialen wie geografischen Sinne) der Eltern abhängen. Doch selbst wenn dem nicht so wäre: im Kapitalismus gibt es notwendigerweise mehr VerliererInnen als Gewinner.

Es steht zu hoffen, dass die Bewegungen, die sich derzeit in den Maghreb-Staaten vollziehen, eine Auseinandersetzung mit deren Forderungen, die sich auch, aber nicht nur aus dem Bedürfnis, am Wohlstand der Welt ebenso teilzuhaben wie Europa, die USA und andere Staaten, speisen, innerhalb und außerhalb der Linken fördern. Sie kann das homogene Bild der „Anderen“ als unterjochtes, unmündiges, nicht zur Emanzipation fähiges (außer, man bringt sie ihnen bei) Kollektiv aufbrechen.

Zwar wird die antirassistische und migrantische Perspektive in den sozialen Kämpfen meist einzelnen Initiativen überlassen, die sich dann zu Recht damit abmühen, zunächst innerhalb des Systems konkrete Lebensverbesserungen für MigrantInnen zu erkämpfen.

Die radikale Linke muss sich jedoch im Klaren darüber sein, dass Strukturen, die zu kulturellen und rassistischen Diskriminierungen führen, dem kapitalistischen System immanent sind, das Menschen nach ihrem Nutzen sortiert. Soziale migrantische Kämpfe müssen mit MigrantInnen gegen dieses geführt werden müssen.

Mit unserer Auseinandersetzung zu Kulturalisierung und ihrer Implikation für die Perspektive auf soziale Konflikte im Rahmen der „Vielen Dank für die Blumen!“-Kampagne des kommunistischen ...Ums Ganzel-Bündnisses und in Zusammenarbeit mit verschiedenen Göttinger Gruppen in der „migration beats – Gegen Integration und Ausgrenzung“-Kampagne wollen wir zu dieser Erkenntnis beitragen.

Es gilt, eine Auseinandersetzung zu führen, in Zusammenarbeit mit Menschen aller möglichen Perspektiven. Eine Auseinandersetzung über die Möglichkeit, die Emanzipation ALLER Menschen herbeizuführen, in gegenseitiger Anerkennung unterschiedlicher Lebensrealitäten. Das gemeinsame Ziel kann nur eine befreite Gesellschaft jenseits kultureller und staatlicher Grenzen und jenseits der kapitalistischen Produktionsweise sein.



## Sozialchauvinismus ...

### Ein Reaktion des bürgerlichen Subjekts auf die Krise?

Die Krise, die allgemein als Finanzmarktkrise betrachtet wird, scheint vorbei zu sein und auch sonst sitzt Deutschland vermeintlich gut im Sattel der Weltmarktkonkurrenz. Der Arbeitsmarkt wurde so flexibel gestaltet und die ArbeitnehmerInnen und Erwerbslose so erfolgreich zugerichtet, dass einige PolitikerInnen wieder von Vollbeschäftigung schwadronieren. Doch der Ton und die Verhältnisse werden rauer und der Druck auf das Individuum im Kapitalismus nimmt zu. Wie das Individuum damit umgeht, ist nicht von vornherein bestimmbar, aber auffällig ist, dass diejenigen, die vermeintlich nichts oder kaum etwas zur allgemeinen gesamtgesellschaftlichen Leistung beitragen, besonders unter gesellschaftlicher Beobachtung stehen. Nicht zuletzt die Sarrazindebatte beflügelte einen Sozialchauvinismus in bisher kaum bekanntem Maße, der einhergeht mit einer Kulturalisierung sozialer Konflikte (vgl. den Text zu Kulturalisierung in dieser Ausgabe).

Um den Zusammenhang zwischen krisenhafter Vergesellschaftung und Sozialchauvinismus herauszuarbeiten, beginnen wir mit den zentralen Momenten der letzten Krise und der Vorstellung, dass Geld arbeiten könne.

#### Miese Krise – fiese Briese

Alle haben etwas gelernt aus der Krise. Die Banken, die sich verspekulierten, haben gelernt dass sie „systemrelevant“ sind und politisch mit Hilfen (Bankenrettungsschirmen) bedacht werden, um nicht unterzugehen. Die EZB (Europäische Zentralbank) u.a. stellten den Banken z.B. in der EU günstiges Geld zur Verfügung, damit das Schmiermittel der kapitalistischen Akkumulation nicht ins Stocken gerate. Die politische Form des Kapitalismus – der Staat - bzw. die europäischen Staaten haben gelernt, dass der freie Markt nicht zwingend die beste Lösung für die nationalen Wirtschaften darstellt und es Nachbesserungsbedarf im Sinne einer Regulation des Bankenwesens bzw. der Finanzwirtschaft geben müsse. Die BürgerInnen in Europa haben gel ...

Naja zuerst haben sie blöd geguckt, als die vermeintliche Naturgewalt über die Märkte herfiel und ihre „schöpferische Zerstörung“ darbot. Wie kann es sein, dass „unsere ganzen Ersparnisse und Alterssicherungen, Versicherungen“ usw. Teil des großen Finanzspiels werden konnten? „Wir wollten doch nur unser Geld anlegen, um im Alter etwas zu haben“, so eine ältere Dame im Interview, nach dem bekannt wurde, dass auch deutsche Banken an dieser „unmoralischen Weise des Wirtschaftens“ beteiligt waren. Geld irgendwo hinzubringen, namentlich Banken, und dann zu hoffen, es werde von selbst mehr, hat etwas von der Geschichte mit dem langhaarigen Hippie, der ans Kreuz genagelt wurde und irgendwo Wasser zu Wein gemacht haben soll. Dieses Geldentstehenlassen aus dem Nichts erscheint dabei als Qualität, die den Banken und der Finanzwirtschaft eigen sei. Nun ist es aber leider seltsame Eigenheit im Kapitalismus, dass, um mehr Geld herauszubekommen, als eingesetzt wurde, bestimmte Bedingungen vorhanden sein müssen. Wer das möchte muss Produktionsmittel besitzen und andere für sich arbeiten lassen. Dass dem Alltagsverstand nicht klar ist, dass jeder und jede im Kapitalismus sich in Form der Lohnarbeit verdingen muss, um irgendein Bedürfnis befriedigen zu können, und/oder Reproduktionsarbeit leisten muss, ist dabei traurige Realität.

All I wanna do is (BANG BANG BANG BANG!)  
And (KKKAAAA CHING!)  
And take your money (paperplanes, M.I.A.)

Geld, als der Ausdruck vergegenständlichter Arbeit, auf das sich ALLE Waren beziehen können und müssen, ist eine Notwendigkeit im Kapitalismus. Jede Ware wird durch das Geld zirkulierbar, tauschbar gemacht, also gekauft und verkauft. Es ist nicht einfach eine nützliche Einrichtung für den schnellen und gezielten Warenverkehr, sondern Ausdruck eines spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisses im Kapitalismus selbst. Wer dieses Euro-



net. Gleichzeitig hat der Kapitalismus in seiner Entfaltung die Möglichkeit und Potenzen geschaffen, die ein gutes Leben für alle realisierbar machen.

### Gerechte Löhne und das Hamsterrad

Alle wollen gerecht behandelt werden. „Leistung muss sich wieder lohnen“ oder „Gutes Geld für gute Arbeit“ sind zwei Parolen, die prägend für einen zentralen gesellschaftlichen Konflikt stehen. Jede/r, der/die seine Arbeitskraft (egal ob Kopf- oder körperliche Arbeit) veräußern muss, ist daran interessiert, ihre/seine Arbeitskraft möglichst hoch einpreisen zu lassen und sich damit ein gutes Leben leisten zu können. Wer nicht arbeitet oder nicht arbeiten darf (MigrantInnen ohne Arbeitserlaubnis), ist zumindest in Deutschland davon abhängig, wie viele Krümel die bürgerliche Gesellschaft bereit

ist abzugeben. Da aber jede/r ein guten Lohn haben will und sich viele Arbeitskräftebehälter auf dem Arbeitsmarkt sammeln, die sich selten koordinieren und kooperieren, stehen sie mit der spezifischen Ausbildung ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten in Konkurrenz zueinander. Dabei beginnt der Egoschooter jeder gegen jeden nicht erst auf dem Arbeitsmarkt, sondern schon in Kinderschuhen wird den zukünftigen „LeistungssträgerInnen“ beigebracht, dass sie die Besten sein müssen, wenn sie ein materiell erfülltes Leben führen möchten.

Die klassischen ArbeiterInnenorganisationen, Parteien und Gewerkschaften hatten historisch zum Ziel, die ProletarierInnen und ihre Interessen gegen die der Kapitalisten zu vertreten. Daran hat sich seit der Durchsetzung des Kapitalismus bis heute nichts geändert. Die ArbeiterInnen wollen hohe Löhne und die Kapitalisten möglichst hohe Profite. Dieser Interessensgegensatz zwischen Arbeit und Kapital verliert erst seine Gültigkeit, wenn der Kapitalismus aufhört, zu existieren. Da aber Arbeit inzwischen selbst zum unmittelbaren Grund geworden ist und jede Arbeit als zumutbar gilt, scheint es nicht mehr wichtig zu sein, was das Individuum da konkret macht. Die Hauptsache ist, dass es einen Dienst im Rahmen der nationalverfassten abstrakten Allgemeinheit leistet und damit seine Existenzberechtigung untermauert. Aussagen wie „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, verweisen auf den radikalen Kern der kapitalistischen Denkweise und das gewaltförmige Grundverhältnis.

Das zu zahlende Geld bzw. der Preis der Ware Arbeitskraft gilt als Maß, wie viel Arbeitseinheiten pro Zeit jemand aufwendet und diese aufgewendete Arbeitszeit in Form seines Lohns erhält. Je nach Geschicklichkeit, Ausbildung usw. benötigt eine Arbeitskraft ein bestimmtes Quantum Zeit, um eine Ware zu produzieren. Der Kniff an der kapitalistischen Produktionsweise ist, dass der Kapitalist im Rahmen des Produktionsprozesses nicht die gesamte geleistete Arbeitszeit entlohnt, sondern nur den Anteil, den die/der ArbeiterIn zur Reproduktion der Arbeitskraft benötigt. Der Wert der Arbeit, der strukturell nicht entlohnt wird, ist der Mehrwert. Wie hoch dieser ausfällt, hängt davon ab, wie stark oder schwach die Interessensgruppen und ihre jeweilige Kampfbereitschaft sind. Damit also aus Geld in der Produktion mehr Geld werden kann, muss die Arbeit ausgebeutet und der Mehrwert abgeschöpft werden. Dieser Mehrwert wird jedoch vom Kapitalisten nicht verjubelt, sondern investiert, damit die Bewegung, aus Geld mehr Geld zu machen, auch zukünftig seine Existenz als Kapitalist sichert. Das Hamsterrad der Verwertung von Arbeitsseite her - Arbeit, Lohn, Reproduktion der Arbeitskraft - ist im Rahmen des Kapitalismus unhintergebar. Aus Sicht der Arbeitgeber bzw. Kapitalisten stellt sich das Verhältnis jedoch anders dar. In Form seines Besitzstandes an Produktionsmitteln (Maschinen, Computer, usw.) organisiert er den Arbeitsprozess und wendet die fremde Arbeit für die Produktion

geld, Dollar, Yen usw. nicht sein/ihr Eigen nennen kann, ist faktisch nicht im Stande das eigene Leben aufrecht zu erhalten und wird kategorisch vom gesellschaftlichen Reichtum ausgeschlossen. Es sei denn, die Verfügungsgewalt über das Geld materialisiert sich in Form einer Kredit- oder Bankkarte und ist durch ein Konto gedeckt. Wie die Fliegen auf Exkrementen, so stürzt sich das kapitalistische Subjekt auf jede Möglichkeit Geld zu machen. Denn wie es so schön heißt: „ohne Moos nix los“. Aber Geld um seiner selbst willen zu halten oder anzusammeln macht keinen Sinn im Kapitalismus. Es geht um die Realisierung des maximalen Gewinns - des Profits. Staaten oder supranationale Organisationen wie die EU mit eigener Währung regulieren dabei Geldmenge und Zinshöhe, um das jeweilige Preisniveau für den geldvermittelten Tausch international möglichst stabil zu halten und um nicht zusätzliche Unsicherheiten im Warenverkehr gesellschaftlich zu fördern.

Zentral ist dabei, dass sich die gesellschaftlichen Verhältnisse im Rahmen der warenproduzierenden Gesellschaft hinter dem Rücken der Menschen vollziehen. Sie werden jedoch durch ihre gesellschaftliche Praxis, wie sie gesellschaftlich interagieren und sich aufeinander beziehen, diese Verhältnisse immer wieder aufs Neue reproduzieren. Das immanente Ziel ist dabei, aus Geld immer mehr Geld zu machen. Es ist völlig egal, ob es sich beim Konsum um Luxusgüter oder Güter des täglichen Gebrauchs handelt. Das so genannte Knappheitssignal, das zugleich die Transparenz der Verfügbarkeit darstellen soll, stellt nach den hiesigen Lehren der politischen Ökonomie der Preis dar. Der Preis ist jedoch nach Marx, der Geldname der in der Ware vergegenständlichten Arbeit. Der (Tausch-)Wert ist keine messbare objektive Einheit für die Arbeit, sondern bringt die besondere Qualität kapitalistischer Vergesellschaftung auf einen Begriff. Das bedeutet, dass der Wert nicht nur ein Austauschverhältnis der Waren zueinander, aufgrund gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit bestimmt, sondern, weil alle arbeiten müssen, das gesellschaftliche Band spinnt, mit dem alle Individuen im Kapitalismus verbunden sind. Das fällt deswegen so schwer einzusehen, weil sich dieses Verhältnis nicht unmittelbar zeigt. Gesehen werden kann nur die einzelne konkrete Arbeit, die geleistet wird. Wie sich diese konkrete einzelne Arbeit des Privatproduzenten zur Gesellschaft verhält bzw. vermittelt ist, kann nicht beobachtet oder gemessen werden und wird von Marx im Rahmen der Realabstraktion der „abstrakten gesellschaftlichen Arbeit“ entwickelt. Der Doppelcharakter, den Arbeit inne hat (konkrete und abstrakte Arbeit zugleich zu sein), existiert aber auch nur im Rahmen der kapitalistischen Warenproduktion. Dann, wenn Arbeit die elementare gesellschaftliche Form der Lohnarbeit annimmt und die ArbeiterInnen von den Produktionsmitteln und jeglicher Form der Subsistenz abgeschnitten sind.

Historisch betrachtet war der Prozess der Proletarisierung der Massen ein sehr blutiger und gewaltsamer Prozess und hatte nichts von einer romantischen und harmonischen Entwicklung neuer Produktivkräfte durch Technik zum Wohle der Menschen. Der Mensch wurde vielmehr Anhängsel der Produktion, notwendiger Bestandteil und dem Ziel der Profiterzielung untergeordnet. Neben diesen Praxen, die sich entweder in einer rechtlichen Grauzone befinden oder gänzlich illegal sind, sind es auch die gesetzlichen Verordnungen, die ein Leben als Asylbewerber in Deutschland kaum erträglich machen. Im Folgenden sind die einschneidendsten dieser Beschränkungen kurz aufgeführt.

## Einzelfall – Ausnahme – Normalzustand

1993 schaffte die Bundesregierung mit einer Änderung des Grundgesetzes das individuelle Grundrecht auf Asyl ab und führte im Rahmen des Dubliner Übereinkommens die sogenannte Drittstaatenregelung ein. Das bedeutet, dass Personen, welche über einen „sicheren Drittstaat“, entweder in der Europäischen Gemeinschaft oder außerhalb, einreisen, sich nur in diesem Staat auf das Asylrecht berufen können, das somit in Deutschland faktisch abgeschafft wurde. Dennoch bleibt die Angst vor den „Flüchtlingsstürmen“ auf Deutschland in der Presse und in den Köpfen, wengleich diese in Anbetracht der Gesetzeslage als absurd abgetan werden kann.

Geschichten von den nach 1993 verbliebenen Asylsuchenden in Deutschland schockieren immer wieder durch ein schier endloses Sammelsurium an Leidensberichten, Horrormeldungen und erschreckenden Einzelschicksalen.

Eine von ihnen ist die Tragödie um den Nepalesen Shambu Lama, der sich am 1. März diesen Jahres nach jahrelangen Schikanen des zuständigen Landkreises und der Ausländerbehörde im niedersächsischen Gifhorn das Leben nahm. Am Morgen desselben Tages hatten ihm zwei MitarbeiterInnen der Ausländerbehörde mitgeteilt, er werde zwei Tage später abgeschoben. Das war das Ende eines Kampfes den Lama seit 1996 führte und bei dem ihm auch die Tatsache, dass er inzwischen anerkannter Vater eines deutschen Kindes war, nicht weiter half. Die Ausländerbehörde verbreitete wissentlich die Fehlinformation, über diese Vaterschaft nicht informiert worden zu sein, wobei zeitgleich ein Austausch mit dem Verwaltungsgericht Braunschweig stattfand, in dessen Zuge die Ausländerbehörde die Beziehung zwischen Lama und seinem Sohn als „nicht schützenswert“ bezeichnete.

Das Verwaltungsgericht Braunschweig stellte mehrere Wochen nach seinem Tod fest, dass die Abschiebung nicht rechtens gewesen wäre und Lama voraussichtlich in Deutschland hätte bleiben dürfen.

Schikanen der Ausländerbehörden sind für Asylsuchende in Deutschland an der Tagesordnung. Von der brutalen und alltäglichen Abschiebepaxis abgesehen, sehen sich die Flüchtlinge mit den unterschiedlichsten Formen der Diskriminierung konfrontiert. Willkürliches Erteilen und wieder Entziehen einer Arbeitserlaubnis, konkrete Dro-



hungen wenn es um antirassistisches Engagement der Asylsuchenden geht, Eindringen von MitarbeiterInnen der Ausländerbehörde in den ohnehin viel zu beengten Wohnraum und die wenige Privatsphäre der Flüchtlinge, die ewig währende Angst der Asylsuchenden vor der Abschiebung, die von der Ausländerbehörde absichtlich weiter geschürt wird, das Verbot, ZeugInnen mit zu Gesprächen mit der Ausländerbehörde zu nehmen, unzureichende medizinische Behandlung, die Verweigerung von Therapiemöglichkeiten für psychisch kranke Asylsuchende und die konsequente menschenunwürdige und abwertende Behandlung durch die BehördenmitarbeiterInnen sind nur Einzelbeispiele aus einem Komplex, der dem postulierten Ziel des Staates, die Menschenwürde zu schützen, zu spotten scheint.

Neben diesen Praxen, die sich entweder in einer rechtlichen Grauzone befinden oder gänzlich illegal sind, sind es auch die gesetzlichen Verordnungen, die ein Leben als Asylbewerber in Deutschland kaum erträglich machen. Im Folgenden sind die einschneidendsten dieser Beschränkungen kurz aufgeführt.

Die Residenzpflicht

Während eines laufenden Asylverfahrens dürfen Flüchtlinge den Landkreis, der ihnen zugewiesen wurde, nicht verlassen. So können selbst Einkäufe und Besuche bei FreundInnen unmöglich werden.

Die Unterbringung. Der zur Verfügung gestellte Wohnraum ist gewöhnlich viel zu klein und überbelegt, Sanitäreinrichtungen sind heruntergekommen und/oder nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Oft mangelt es schon am Selbstverständlichsten wie Warmwasser und Heizung. Dabei ist die Qualität des Wohnraums relativ unabhängig von der Form der Unterbringung, also unabhängig davon, ob es sich um sogenannte „Gemeinschaftsunterkünfte“, also Asylheime, angemietete oder gemeindeeigene Wohnungen oder gar Obdachlosenunterkünfte handelt.

Das Arbeitsverbot.

AsylbewerberInnen ist es nicht gestattet, einer Lohnarbeit nachzugehen, unabhängig davon, ob diese sozialversicherungspflichtig ist oder nicht. Eine Arbeitserlaubnis wird nur in höchst seltenen Ausnahmefällen und willkürlich erteilt. Auf der anderen Seite ist eine feste Arbeitsstelle Voraussetzung für einen gesicherten Aufenthaltsstatus. Ein kaum zu überwindender Widerspruch. Das Asylbewerberleistungsgesetz. Dieses legt die Höhe dieser Zahlungen oder Gutscheine fest. Ein erwachsener „Haushaltsvorstand“ wird offiziell von 224,97€ im Monat finanziert, „Haushaltsangehörige“ erhalten entsprechend weniger. Das liegt deutlich unter dem Hartz IV-Regelsatz von 364€. Sowohl das schul- als auch das steuerrechtliche Existenzminimum in Deutschland liegen um ein Vielfaches höher.

Das Wertgutscheinsystem

An diesem halten trotz heftiger Kritik viele Landkreise Deutschlands fest. Die Asylsuchenden bekommen keine oder absurd niedrige Beträge an Bargeld zur freien Verfügung ausgehändigt. Viele Geschäfte weigern sich trotz Verpflichtung, die Gutscheine anzunehmen. Dieses System ist demütigend und führt zu Entmündigung und Stigmatisierung.

Shambu Lama hat 15 Jahre lang unter diesen Bedingungen, in der ständigen Angst vor der Abschiebung und mit der Schikane der Ausländerbehörde, gelebt. In einer Dokumentation des NDR über die Ausländerbehörde Hamburg aus dem Jahr 2005 läuft im Büro der SachbearbeiterInnen folgender Text über den Computerbildschirm: „Wir buchen, Sie fluchen – mit freundlicher Unterstützung des Reisebüros Never-Come-Back-Airlines“.<sup>1</sup>

<sup>1</sup>„Abschiebung im Morgengrauen - Alltag in der Ausländerbehörde“, NDR, 2005

Impressum:



redical M  
c/o Buchladen Rote Straße  
Nikolaikirchhof 7 | 37073 Göttingen  
e-Mail: redical@ymail.com  
www.redical.org

Illustrationen:  
Dieses Mal stellt der Hauptteil der Bilder Werke des Streetart-Künstlers Banksy dar. Da Banksy bei seinen Arbeiten nicht um Erlaubnis fragt, haben wir die FotografInnen auch nicht gefragt.  
Streetart ist non-commercial und copyright-free.  
Auch in Göttingen gibt es immer wieder Streetart-Werke zu bewundern:  
Monsters of Göttingen sammelt Fotos davon und hat Gallerie auf der Seite: [monsters.blogspot.de/streetart](http://monsters.blogspot.de/streetart)  
Im Café Kabale findet vom 3. bis 18. Juni eine Ausstellung mit Fotografien von Göttinger Streetart aus den letzten Jahren statt.



Wir empfehlen:  
Werdet selbst (kre)aktiv!

an. Ziel ist, einen größtmöglichen Profit zu erwirtschaften und im Rahmen der Konkurrenz zu bestehen.

Diskursbeiträge, die dieses Ziel als unmoralisch brandmarken, mögen nach ihrem Moralverständnis sogar zu Recht empört sein, diese Moral spielt aber gesamtgesellschaftlich und für zukünftige Konkurrenzkämpfe der Unternehmen keine Rolle. Der Kapitalist muss gucken, wie er diesen Profit realisiert und dazu hat er mehrere Möglichkeiten. Entweder er erhöht den absoluten Mehrwert und verlängert die Arbeitszeit im Ganzen oder er intensiviert durch Arbeitsprozess- oder Arbeitszeit-Organisation und -Taktung die relative Mehrwertproduktion. Ziel bleibt dabei, die bezahlte Arbeitszeit auf ein Minimum zu drosseln und den Output zu erhöhen. Kurz gesagt sollen mehr Waren in kürzerer Zeit produziert werden. Nun ist aber im Rahmen der allgegenwärtigen Konkurrenz jeder einzelne Kapitalist darauf aus, die anderen Konkurrenten auszustechen und muss deshalb aufrüsten. Bessere Maschinen kaufen oder bauen als andere, Löhne bzw. Lohnneben- oder -stückkosten senken, steuerliche Vergünstigungen organisieren usw. Sofern er Arbeitszeit einzusparen schafft, erhält er einen kurzfristigen Extramehrwert in der Konkurrenzsituation. Der Kapitalist wäre jedoch schön blöde, wenn er diesen in eigenen Konsum umsetzen und nicht wieder investieren würde. Denn sobald eine neue Produktionstechnik vorhanden ist, versuchen alle anderen ebenfalls an diese Technik heranzukommen, um ihre Produktivität anzugleichen bzw. am besten zu überflügeln. Da jedoch der Markt die Zuteilung und Zirkulation zu organisieren scheint, ist jede Unternehmung zugleich Spekulation auf zukünftige Gewinne.

Über den Sinn kapitalistischer Produktion wird nicht bzw. kaum gestritten und so kann eine tautologische Blödsinnsaussage wie die des Vorzeigeökonom Milton Friedman „The business of business is business“ auch nicht weiter verwundern. Der Prozess muss also seiner selbst wegen weitergehen, komme, was da wolle. Und genau diese Dynamik des Gesamtprozesses konnte dazu führen, dass in der Überakkumulationskrise der 70er die Potenziale in der Zirkulationsphäre angehäuft wurden, um irgendwo auf der Welt verwertet werden zu können. Das, was allgemein unter dem nahezu mystischen Begriff „Globalisierung“ gefasst wird, ist dabei nichts anderes als die beschleunigte und über Raum erhabene Suche nach den günstigsten Verwertungsbedingungen des Kapitals. Und an dieser Suche des Kapitals nach den günstigsten Verwertungsbedingungen, durften sich in den 1990ern auch zunehmend Kleinanleger beteiligen, um dem Märchen vom „für Sie arbeitenden Geld“ Substanz zu verleihen. Der Crash der New Economy war dabei Ausdruck der Blasenbildung an den Börsen von sich nicht verwertendem Wert. Eine solche Finanzblase hat es in den USA im Rahmen der Immobilienspekulationen 2008 ebenfalls gegeben. Dabei sind jedoch mehrere Faktoren hinzugekommen. Einerseits zwang die Kapitalflucht in die Zirkulation seit den 70ern die USA u.a., die Finanzmärkte zu deregulieren und in diesem Rahmen Hochrisiko-Kredite zu vergeben (No-income-no-job-assets). Andererseits wurde massiv auf dem Immobilienmarkt spekuliert. In der Praxis musste nur der Schlüssel zurückgegeben werden und die Immobilie gehörte als Sicherheit der Bank. Diese Kreditvergabepraxis mit hohem Risiko ermöglichte Mehrfachhypotheken, durch die die Haushalte den Privatkonsum steigern konnten. Wie bei jeder Spekulation weiß man leider nie, ob das Maximum erreicht ist und die Papiere abgestoßen werden sollten oder ob noch mehr herauszuholen ist. Mit dem Absturz der Immobili-

enpreise und dem über Kredite finanzierten Lebensstandard gerieten zunehmend die Sicherheiten vieler AmerikanerInnen in Gefahr. Vor allem das hohe Ausfallrisiko bei den Immobilien-Krediten machte deutlich, dass hier eine Finanzpraxis entwickelt wurde, die scheinbar nichts mehr mit Wertverwertung in der Produktionssphäre zu tun hat, sondern aus sich selbst heraus die Qualität besitzt, aus Scheiße Goldfäden zu spinnen. Aber schon die Trennung zwischen Finanzsphäre und Produktionssphäre suggeriert, dass Geld, Anleihen, Wertpapiere usw. eine ihnen eigene Qualität besäßen, dem Geld einen zusätzlichen Wert jenseits der Produktion zuzusetzen. Und das angeblich für alle, die sich nicht komplett verspekulieren. Besonders drastisch wirkte es sich aus, dass Banken Hochrisikopapiere mit Anleihen usw. zu Tranchen – Wertpapierpaketen – zusammenführten und diese wiederum verkauften, womit das Ausfallrisiko in Bilanzen „bereinigt“ werden konnte. Als bekannt wurde, dass diese „faulen Kredite“ weltweit Verbreitung fanden, traute keiner Bank mehr der anderen und es kam zur so genannten Kreditklemme. Die Banken liehen sich und Unternehmen kein Geld mehr, die es aber dringend für Investitionen usw. benötigten. Auf einmal wurde der Ruf nach dem Staat als Ordnungsmacht wieder laut. Mit den vielfältigen Versuchen der „Krisenüberwindung“ sind ganze Staaten z.B. Griechenland bankrott erklärt worden und erhielten die dementsprechende Abwertungen im Bonitäten-Rating. Während in Deutschland durch Kurzarbeit und andere dynamischen Arbeitsmarktpolitiken die Krise gesellschaftlich relativ gut überstanden wurde, geriet Griechenland in zunehmende Abhängigkeit von der EZB. Weil die GriechenInnen über ihre Verhältnisse gelebt hätten, müssten sie jetzt massiv sparen, um in den Genuss von EU-Geldern zu kommen. Auch Irland und inzwischen Portugal haben massiv mit den Folgen der Krise zu kämpfen. Das Erpressungspotential der EU-Gelder, mit dem vor allem Deutschland und andere die „Pleitestaaten“ schulmeisterlich, setzt die Regierungen unter massiven Sparzwang. Überheblich wird auf die griechischen Verhältnisse heruntergeblickt und Widerstand gegen die „Reformen“ als Faulheit und Realitätsverlust denunziert. Doch nicht nur auf der Ebene der Außenpolitik macht sich dieser Chauvinismus in Deutschland breit, sondern als Reaktion auf die Krise auch im Inneren der Nation gegen sozial Schwächere.



## Agenda 2010 – a new star was born

„Die Menschlichkeit einer Gesellschaft zeigt sich nicht zuletzt darin, wie sie mit den schwächsten Mitgliedern umgeht.“ (15.5.1998, Bonn). Wer hat es gesagt? Nein, keinE KommunistIn, keinE SozialistIn und auch keinE IntellektuelleR in einer Talkshow. Es war Helmut Kohl, der gefühlte 100-Jahre-Bundeskanzler, in Bezug auf die Lebenssituation behinderter Menschen in der BRD. Da Menschlichkeit vor allem von PolitikerInnen geäußert, immer als Drohung zu verstehen ist und als Maß das Existenzminimum gilt, lässt sich über die momentane Gesellschaft nur sagen, dass sie der „realexistierende Asozialismus“ ist (vgl. Gremliza). Das politische Personal lässt sich keine Gelegenheit entgehen, um im Gewand des Sachzwangarguments nationalbräsigte Gemeinheiten zu verbreiten und die überflüssigen Arbeitskraftbehälter für 1-Euro- und Niedriglohnjobs zwangszurekrutieren. Parkanlagen säubern und irgendwie der vorgestellten Allgemeinheit einen Dienst zu erweisen, ist Bedingung für ein gewisses Einkommen, das gerade das Überleben sichert. Diese sozialstaatliche Erpressung wird dann auch noch als wohlfahrtsstaatliche Maßnahme von Wirtschaftsexperten wie dem Ifo-Institutsleiter Hans-Werner Sinn als kontraproduktiv gebrandmarkt, weil es für das Indi-

druck der nationalen Anspruchsberechtigung gegenüber „ihrem Staat“ zu sein. Der neoliberale Geist zerstöre das Soziale in Deutschland und der Staat müsse diese „Ökonomisierung“ stoppen. Es waren jedoch nicht die Geister eines diffus beschriebenen Neoliberalismus, die die Sozialsysteme neu organisierten, sondern staatliche sozialdemokratische und grüne Politik selbst. Der Staat zog sich mit der Agenda 2010 nicht zurück, sondern intensivierte seine Bemühungen zur Zurichtung und Disziplinierung von Arbeitskräftebehältern und Herrschaftsmaterial. Das wirklich Neue dieser Politiken ist dabei, dass das notwendig falsche Bewusstsein keine Ruhe, keine Muße, keine ungenutzte Zeit mehr kennen soll und das Subjekt an sich selbst vollzieht, was in der Wirtschaft als Maxime gilt. Effizienz, Leistungsbereitschaft, Leistungssteigerung und Disziplin sind nicht mehr nur bei der Arbeit gefragt, sondern bestimmen in zunehmendem Maße das gesamte Leben der Individuen. Dabei spielt die ständige Optimierung der eigenen Fähigkeiten und „lebenslanges Lernen“ eine zentrale Rolle. In einer Gesellschaft, in der alle Regungen unter die Gedankenschablone des Kosten-Nutzen-Kalküls untergeordnet werden, kann kein Platz für Selbstreflexion vorhanden sein und schon gar nicht für Auseinandersetzungen mit und Kritik an der hiesigen Gesellschaftsformation. Konsensformeln und



viduum keine Anreize zur versicherungspflichtigen Arbeit gebe und sich die Betroffenen zu sehr auf den Staat verlassen würden. Die gleiche Argumentation wendet er auch in Bezug auf die EU-Hilfen an. Dass das nicht einfach nur eine Einzelmeinung darstellt, wird deutlich, wenn man sich die Reformen und Reformvorhaben seit der Agenda 2010 ansieht.

„Der Genosse der Bosse“, wie Gerhard Schröder in den Medien genannt wurde, hat mit dem Einsetzen eines Expertengremiums die so genannten „think tanks“ in den politischen Zirkus der BRD eingebracht. Sachkundige Ökonomen wie Peter Hartz und Bert Rürup haben die Vorschläge zu Reformen maßgeblich vorangetrieben. Es ist ein Witz der Geschichte, dass ausgerechnet die Post-Kohl-Ära unter Rot-Grün ein Reformprogramm dieses Ausmaßes durchsetzte. Wäre Kohl auch nur auf die Idee gekommen, eine solche Reform anzustoßen, hätte es seinen politischen Niedergang bedeutet. Doch anstatt Widerstand gegen Schröder und Co. gab es Sozialpartnerschaft und „Bündnisse für Arbeit“ durch DGB und Co. Wer ernsthaft meint, dass unter einer rot-grünen Regierung nach Merkel irgendetwas sozialer ablaufe, der oder dem sei noch einmal der Paradigmenwechsel durch die Agenda 2010 nahe gebracht.

### „Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft“ (Schröder)

Deutschland wurde in Windeseile für den „globalisierten Markt“ zurechtgestutzt und nahezu alle sozialstaatlichen Errungenschaften kassiert. Mehr Selbstverantwortung in allen Lebensbereichen, Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe im Rahmen von ALG II und ständige Drangsalierung aller Arbeits- und Erwerbslosen waren die Folgen. Es gab zwar Proteste gegen die Agenda 2010, sie waren jedoch vor allem dadurch geprägt, Aus-

Konstruktivität der Kritik in sozialen Konfliktsituationen werden dabei zum politischen Handwerkszeug aller Parteien und Organisationen. Es darf keine dysfunktionalen Momente der Entschleunigung geben, keine Rückzugsorte oder -momente des Entspannens oder des Nachdenkens. Entspannt werden soll sich beim Shopping, im Fitnessstudio, bei Lebensberatungsliteratur - kurz beim Konsum oder der Optimierung des Humankapitals.

Nachdem Schröder abgewählt und Merkel erste Bundeskanzlerin wurde, griffen die Reformen und die Regierungskoalition in schwarzgelb schickte sich an, den Standort Deutschland weiter fit zu machen. Gesundheitsreform, weitere Feinjustierungen auf dem Arbeitsmarkt, eine Rentenreform u.a. wurden auf den Weg gebracht. „Alternativlos“ wie immer behauptet wird. Auch die Tatsache, dass die Menschen inzwischen bis 67 Jahre arbeiten sollen, wird kaum zur Kenntnis genommen. Was macht schon eine Ausweitung der Lebensarbeitszeit um weitere 2 Jahre, gemessen an dem dadurch entstehenden Standortvorteil? Während jedoch die Zumutungen für weite Teile der Gesellschaft physisch und psychisch zunehmen und sich die Lebenssituationen vieler verschlechtern, ist es vor allem der gesellschaftliche Druck auf die sozial und politisch Schwachen, der massiv zugenommen hat und immer lauter geäußert wird.

### Sozialchauvinismus

Warum wählen wir diesen Begriff, um dieses gesellschaftliche Verhältnis und ideologische Formation zu analysieren? Einige LeserInnen werden jetzt sagen, der Begriff stammt doch von Lenin, um das opportunistische Eintreten weiter Teile der sozialdemokratischen Parteien für den 1. Weltkrieg und gegen den weltweiten Klassenkampf zu brandmarken. Lassen wir Lenin selbst zu Wort kommen:

## BRD-Staat, Sexismus und Kulturalisierung

### Ein christdemokratisches Märchen vom aufgeklärten Abendland

*Um es gleich vorweg zu sagen: Sexismus und die Kulturalisierung sozialer Konflikte sind gesellschaftlich verankerte und politisch für diverse Couleur mobilisierungsfähige Ideologien. Trotzdem, der Fokus auf christlichen Konservatismus schärft die Analyse, einmal weil sie die aktuelle wie historisch langjährige Regierungswirklichkeit des BRD-Staates in den Blick nimmt. Gleichzeitig wirkt sie den durchsichtigen Versuchungen einer bloß eurozentristischen Religionskritik entgegen. Religiöse Vereinnahmung des Staates ist nicht nur als ein Problem der Anderen, vornehmlich der MuslimInnen, zu verhandeln, sondern es muss die hierzulande „unverzichtbare Rolle bei der Vermittlung der unserem Gemeinwesen zugrunde liegenden Werte“, die „den Christlichen Kirchen“ zugewiesen wird (aktueller Koalitionsvertrag) ebenso kritisiert werden. Die C-Parteien unterlaufen damit in wechselnden Koalitionen und Bündnissen offen eine säkulare Struktur des Staates. Nicht nur MigrantInnen ohne christliche Werteorientierung, auch weiß-deutsche Nicht-Gläubige werden zwangsläufig von der politischen Realität dieser christlich-abendländischen Werteorientierung heimgesucht. Diese Spur wird hier aufgenommen, um die Folgen christdemokratischer Politik und Struktur- bildung in der BRD für Frauen und MigrantInnen greifbar und angreifbar zu machen.*

### Phasen von Familien/Frauen und Migrationspolitik

*Die Projekte christdemokratischer Politik lassen sich dabei zwei gegenläufige Bewegungen teilen, in Ausschluss und Integration. Diese Bewegungen waren und sind jeweils zu einem bestimmten Zeitpunkt dominant, finden aber auch gleichzeitig statt.*

*Es gab eine Zeit der Familienpolitik, in der die Hausfrauenehe unhinterfragtes Ideal war. Und bis vor kurzem wurde vehement bestritten, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei und das Faktum einer Immigration in den BRD-Staat politisch einfach nicht ausgesprochen. Historisch haben sich bekanntermaßen beide Vorstellungen überholt. Die Wirtschaft entwickelte eine dauerhafte Nachfrage nach Arbeitskräften im Niedriglohnbereich, die sie gerne mit migrantischen oder weiblichen Erwerbstätigen ausfüllte. Umgekehrt haben migrantische ArbeiterInnen, war das Leben am neuen Standort eingerichtet, oft keinen Grund gesehen, wieder zu gehen. Hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung von Frauen machte ein allgemein sinkendes Lohnniveau den Nebenverdienst für Mütter zum oft unverzichtbaren Teil der Familieneinkünfte. Die Politik, zumal die C-Parteien, haben zeitlich verzögert auf diese Veränderungen reagiert, letztendlich wurde die Ausschlusspolitik in ihrer Hegemonie immer stärker von Projekten der Integration durchdrungen. Doch betrachten wir die beiden Bewegungen genauer.*

*Unzweifelhaft waren und sind die Praxen des politischen Ausschlusses gegenüber MigrantInnen und Frauen sehr verschieden und niemals absolut. So wurde den Frauen in der BRD von Beginn an in der Verfassung die formale politische Gleichberechtigung garantiert, während ihr Zugang zum Arbeitsmarkt zumindest als verheiratete Mütter noch bis zur Familienrechtsreform von 1976 an die Zustimmung des Ehemannes gebunden blieb. Konträr gestaltete sich die Situation für Gastarbeiterinnen, war ihr Aufenthalt in der BRD doch gerade über ihren Nutzen als Erwerbstätige legitimiert. Der Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit und folglich zu politischen Rechten, blieb ihnen und ihren Kindern dagegen bis zur Staatsangehörigkeitsrechtsreform von 1999 fast vollständig verbaut. Nicht zufällig fallen beide Reformwerke in die sozial-liberale und später die rot-grüne Regierungszeit.*

### Familienpolitik, eine christdemokratische Erfindung

*Zunächst verdient die christdemokratische Erfindung der Familienpolitik Betrachtung. Denn wie die Aufnahme des Ressorts „Frauen“ in das Bundesministerium für Familie durch die schwarz-gelbe Regierung 1985 zeigt, wird Frauenpolitik von den C-Parteien vornehmlich als Familienpolitik begriffen. Entsprechend sind die Strukturen von Familienförderung grundlegend anders konzipiert als in sozialdemokratisch oder realsozialistisch geprägten Staaten, wo durch Erwerbsbeteiligung von Frauen deren*

ökonomische Unabhängigkeit von der Familie gefördert wurde. Erhellend ist der Blick auf die Erwerbstätigenquoten: während in Norwegen 2009 eine Frauenerwerbsquote von 74% bestand, lag diese in der BRD im gleichen Jahr nur bei 65%, geschönt noch hinsichtlich der Situation in Westdeutschland, da die Erwerbsquote ostdeutscher Frauen trotz eines langsamen Rückgangs seit der Wiedervereinigung immer noch bei über 80% liegt.

Doch was meint Familie in christdemokratischer Vorstellung eigentlich? Die BRD-Verfassung schreibt mit dem besonderen Schutz der monogamen Heteroeheliche und -familie (GG Art. 6) das bevölkerungspolitische Interesse an der Ehe als „Keimzelle des Staates“ fest. Familie wird als unpolitischer, staatlichen Zugriffen weitgehend entzogener Privatbereich konstituiert. Folglich werden Eltern mit den materiellen und geistigen Anforderungen des Familienlebens, neben der Erwerbsarbeit, zunächst alleine gelassen. Kinder bleiben währenddessen - soweit nicht nachweislich Opfer physischer Gewalt - unmündige Erziehungsobjekte des jeweiligen Elternwillens. So können auf der öffentlich-gesellschaftlichen Ebene Staat und Kapital ihren Bedarf an SteuerzahlerInnen und Arbeitskräften durch unbezahlte Mühen der familiären (weiblichen) Reproduktionsarbeit bereitstellen lassen.

Wie aber hat christdemokratische Familienpolitik diesen Rahmen gestaltet? Hier lassen sich verschiedene Maßnahmen aufzeigen. Maßgeblicher Einfluss kommt etwa dem berüchtigten Ehegattensplitting im Einkommenssteuerrecht zu. Die Adenauerregierung übernahm es 1951 aus dem Recht des NS-Staates. Wo allerdings die NSDAP unverblümt die Lohnkonkurrentinnen der männlichen Arbeiter ausschalten und Geburtenraten steigern wollte, argumentierte die CDU-Regierung nunmehr mit einer staatlichen Anerkennung der Hausarbeit. Bekanntermaßen verhindert die Regelung bis heute eine ökonomische Eigenständigkeit der geringer verdienenden PartnerInnen. Wer so in der Ehe ökonomisch-durchschnittlich die Hosen an hat, darüber lassen die fortbestehenden Lohndifferenzen zwischen den Geschlechtern keinen Zweifel aufkommen. Aber auch die Gründung eines Bundesministeriums für Familie 1953, folgte reaktionären Zielen. Der erste Familienminister, Katholik Wuermeling fabulierte gar, die gesellschaftliche Spaltung verlief nicht zwischen den Klassen, sondern zwischen kinderarmen und kinderreichen Familien. Ungeniert wurde der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit verleugnet, während man zugleich nach Kräften die übergenerationelle Kontinuität der Klassenreproduktion sicherstellte. Etwa durch Kinderfreibeträge für gut verdienende Steuerzahler, äh Familienväter.

Anstatt anzuerkennen, dass materielle Teilhabe im verfassungsgemäß festgeschriebenen Kapitalismus meist nur durch Erwerbsarbeit realisierbar ist, förderte die Christdemokratie über Jahrzehnte die familiäre Erziehung von Kindern durch ökonomisch abhängige Hausfrauen-Mütter. Dagegen wurde der Aufbau einer bedarfsgerechten Infrastruktur der Kinderbetreuung selbst in der legendären Wachstums- und Babyboom-Phase der frühen 1960er schlichtweg versäumt. Dagegen wurde der Aufbau einer bedarfsgerechten Infrastruktur der Kinderbetreuung selbst in der legendären Wachstums- und Babyboom-Phase der frühen 1960er schlichtweg versäumt. Eine gleichstellungspolitische Hypothek, die die heutige Vereinbarungspolitik von Beruf und Familie immer noch abträgt. So werden Frauen oftmals, sei es in der Ehe oder moderner in der Bedarfsgemeinschaft, auf die reproduktive Sphäre des Privaten zurückgeworfen. Einen Ort, wo sie nachweislich öfter als irgendwo sonst zu Opfern von Gewalt und materieller Fremdbestimmung durch männliche Partner werden. Kurz gedacht sind da Maßnahmen wie der „Aktionsplan gegen Gewalt gegen Frauen“ den Familienministerin von der Leyen 2007 vorstellte mit dem Ziel insbesondere migrantische Frauen und Kinder zu unterstützen. Das Ministerium prangert zwar frauengefährdende traditionelle Männlichkeitsbilder an, drückt sich aber um die Erkenntnis, dass derartige Konflikte, ob in deutschen oder migrantischen Familien, vortrefflich in den Strukturen gedeihen, die der christliche Konservatismus selber aufgestellt hat.



„Sozialchauvinismus ist das Eintreten für die Idee der Vaterlandsverteidigung in diesem Kriege. Aus dieser Idee ergibt sich weiter der Verzicht auf den Klassenkampf während des Krieges die Bewilligung der Kriegskredite...“ (Sozialismus und Krieg)

und weiter: „Der Sozialchauvinismus ist vollendeter Opportunismus...Das Bündnis mit der Bourgeoisie war ideell und geheim. Es wurde jetzt offen und ordinär“ (ebd.)

„Wir“ befinden uns zwar nicht im Krieg im Sinne des 1. Weltkriegs, jedoch in latenter nationaler Auseinandersetzung um wirtschaftliche Erfolge und die Möglichkeiten Handelsrouten usw. auch militärisch abzusichern. Es ist die abstrakte Allgemeinheit der vorgestellten Gemeinschaft Nation, die diese Konkurrenzschlachten im Rahmen internationaler Kapitalbewegungen vorantreibt. Der besinnungslose Prozess der Wertverwertung, der nicht eingeholt werden kann, sondern der seiner selbst wegen prozessierender Widerspruch bleibt, bis er abgeschafft wird. Der Gewinner und VerliererInnen auf dem Globus produziert und reproduziert. Der Prozess, der es Reichen erlaubt noch reicher zu werden und gleichzeitig die Armut rasant vermehrt. Es ist der Prozess, der sich seiner eigenen Grundlage beraubt, in dem er die natürlichen Ressourcen bis zum letzten ausbeutet und zerstört. Das perfide daran ist, dass dieser gesellschaftliche Prozess als rational gilt, weil er sich als Organisationsform von Bedürfnissen als relativ stabiles Gesellschaftssystem gegenüber anderen behaupten konnte. Die Beständigkeit des Kapitalismus fußt auf seiner Totalität. Die warenförmige Gesellschaft kennt kaum etwas neben dem Nutzen als konkreten Eigennutz als Konkurrenzsubjekt, wenn man so will, einerseits und dem staatlichen Herrschaftsmaterial als Staatsbürger einer Nation andererseits. Diese zwei Figuren widersprechen sich in keiner Form, sondern sie ergänzen sich in geradezu perfekter Manier. Gerät das Konkurrenzsubjekt als einzelner Arbeitskräftebehälter in Not, appelliert es an die staatliche Souveränität, doch zu handeln, um bessere Bedingungen zu erreichen oder um eine neue Chance zu erhalten oder die eigene Anspruchsberechtigung bestätigen zu lassen. Denn, das ist das Credo - das Glaubensbekenntnis - des Kapitalismus: Jede und jeder hat die Chance, im hier und jetzt seine Situation durch Arbeit und Leistung zu verbessern und sein Glück zu realisieren. Dass die Werbung dieses Glücksversprechen kommensurabel machen will, sieht die/der geneigte LeserIn tagtäglich in den Medien. Wirtschaftspsychologische Forschungsinstitute haben dabei nichts Besseres zu tun, als zu analysieren, welche Anreize gesetzt werden müssen, damit die/der KonsumentIn möglichst auf die Ware abfährt und sich dadurch besser fühlt. Es gibt sogar „Glücksforschung“, die in die VWL eingegliedert ist und herausgefunden hat, dass die Leute sich nicht vertikal von unten nach oben vergleichen, sondern in ihrem Umfeld diesen Vergleich vornehmen, um besser da zu stehen. Ist dies das Ergebnis des vollendeten Opportunismus, der keine Klassegegensätze mehr kennt?

Sozialchauvinismus setzt heute an dem spezifischen Prinzip der gesellschaftlichen Wertigkeit an. Wer nutzt dieser Gesellschaft und wer nutzt ihr nicht, um nicht zu sagen, schadet ihr sogar? Nicht erst seit Sarrazin ist das Ressentiment gegenüber sozial und gesellschaftlich Schwächeren wieder en vogue. Die „aktivierende Sozial- und Arbeitsmarktpolitik“ im Rahmen des „Forderns und Förderns“ brachte es mit sich, dass die Absenkung der Grenze der Zumutbarkeit eines Jobs zu einer regelrechten medialen Hatz auf „Arbeits- und Leistungsverweigerer“ geführt hat. „Die dreistesten Abzocker“ titelte unter anderem die Bild-Zeitung in wiederkehrenden Wellen. „Florida-Rolf“ wurde in seinem Domizil in Miami nahezu belagert und wurde einer von vielen, die öffentlich zum Gesicht der Leistungs- und Arbeitsverweigerung und Abzockerei wurden. Arno Dübel war ein anderer, der sich leichtfertig im Rahmen von Talkshows über seine 30 jährige Arbeitsabstinenz äußerte und prompt die Bezüge gekürzt bekam und anschließend seine Wohnung verlor. Oder der Punk, der sich vom Ministerpräsidenten Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, anhören musste, dass er sich seinen Bart stutzen solle, damit er einen Job erhalte. All das sind zwar kleine Randnotizen und könnten nicht weiter wichtig sein. Aber die Dreistigkeit und Unverschämtheit, mit der PolitikerInnen, WirtschaftsexpertInnen und Medien über sozial Schwächere reden und schreiben, ist be-



zeichnend. Ist das jetzt ein sozialpolitisches Gedicht, wie SpötterInnen sagen würden?

Gerade im Bereich der vermeintlich seriösen Berichterstattung über Hartz IV-EmpfängerInnen und ihre Lebenssituationen wird sehr genau darauf geachtet, dass positive Beispiele oder als ungerecht betrachtete Schikanen der Jobcenter usw. als solche benannt werden. Jedoch immer mit dem Hinweis, dass man auch etwas tun müsse, sich bewegen, seinen oder ihren Arsch hoch kriegen, denn geschenkt bekomme niemand etwas und das sei ja auch richtig so. Als Kollektivzuschreibung an sozial Schwache bekommt die Aussage „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ ihre gewaltförmige Brutalität. Menschen die längerfristig keine Arbeit haben aus, welchen Gründen auch immer, werden zunehmend mit Krebs verglichen, der die Gesellschaft von innen bedrohe. Diese Leute seien faul, meist dem Alkohol zugeneigt und grundsätzlich nicht am Arbeiten interessiert, und sie bekämen auch noch zu viele Kinder.

Äußerungen wie die des Berliner Bundestagsabgeordneten Frank Steffel (CDU) („Die Bildungsgutscheine sind ausschließlich für das Wohl der Kinder, man kann sie nicht für Nikotin und Alkohol benutzen.“) oder die Forderung elterlichen Engagements durch von der Leyen als Reaktion auf fehlende Anträge auf „Bildungsgutscheine“, zeigt diese Zuschreibungen. Die Eltern müssten „ihren Teil der Verantwortung wahrnehmen“ und um die politische Dreistigkeit auf die Spitze zu treiben: „Sie sind ja in der Lage, ihren Hartz-IV-Regelsatz und die Mietkosten zu beantragen, warum sollen sie keinen Antrag für das Bildungspaket der Kinder stellen können?“ Jede/r, die/der schon einmal in der blöden Situation war, so einen ALG II-Antrag auszufüllen, kann eine solche Aussage nur als Affront bezeichnen und es ist mitnichten so einfach, wie hier getan wird.

Fassen wir noch einmal zusammen: Hartz IV-EmpfängerInnen seien latent suchtgefährdet und weil man sich von Gutscheinen keinen Stoff besorgen könne, würden diese nicht beantragt. Ergo: diesen Leuten sind ihre Kinder egal. Daraus folgt, dass auch das zukünftige Humankapital in Form von Kindern brach liegt, was aber nicht die Schuld der gesellschaftlichen Verhältnisse ist, sondern die der Eltern und der fehlenden Leistungsbereitschaft. Weiterhin sollen sich Hartz IV-EmpfängerInnen keine Genussmittel kaufen können, die sich dysfunktional auf ihre Chance am Arbeitsmarkt auswirken könnten. In der statistischen Ermittlung des Hartz IV-Satzes wurden daher auch alle möglichen Genussmittel wieder herausgerechnet, weil sie nicht als lebensnotwendig erachtet werden. Bei solchen Bevormundungen und Einschränkungen der Lebensqualität bleibt kaum etwas anderes übrig, als sich zu besaufen oder zu rebellieren. Vielleicht sollte man die Flaschen aufheben und Herrn Steffel beim nächsten Wahlkampfauftritt um die Ohren hauen (Wer hierin einen Aufruf zur Gewalt entdecken möchte, kann das halten wie sie oder er es will!). Doch jenseits von solchen Blitzexistenzen politischer Plapperei bleibt ein zentrales Moment des Sozialchauvinismus die Orientierung an der Wertigkeit gesellschaftlichen Schaffens. Dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit geht jedoch seine Gesellschaftlichkeit flöten, sobald diese selbst Ware wird.

Während sich das Neukollektiv Firma oder Standort als naturhafter Sachzwang darstellen und auch unmittelbar materielle Macht ausüben, ist der Lohnabhängige auf die Krümel, die immer verteidigt werden müssen, angewiesen. Und selbst die Krümel in Form von ALG II müssen durch die latente Bereitschaft, sich für 1-Euro-Jobs usw. fit zu machen oder zu halten, erarbeitet werden.



Doch warum kann nicht einfach festgestellt werden, dass Leute nie wieder feste Jobs haben und tendenziell bis auf Hilfstätigkeiten oder im Dienstleistungssektor nur verwaltet werden? Auch die gut ausgebildeten und den Inbegriff des Sozialchauvinismus verkörpernden ElitestudentInnen werden feststellen, dass der Arbeitsmarkt nicht alle aufnehmen wird und „hartzen“ sich dann nicht auf den Konsum von Haschisch bezieht, sondern 364 Euronen pro Monat bedeutet. Aber selbst diese erkämpfte Möglichkeit wird in der bürgerlichen Ideologie als unter Verdacht stehender Missbrauch der Sozialleistung oder sogar als Erpressungspotential betrachtet. „Die Nichtleistung könnte eine Person als Erpressungspotential sehen; mit der eigenen Leistungsverweigerung, die unschwer in eine Leistungs-Unfähigkeit zu überführen ist, könnte diese Person die Gesellschaft erpressen.“ (Hermann/Blome-Drees)

Das Individuum, das nicht bereit oder fähig ist, sich einen Job zu suchen, steht der Gesellschaft als Feind gegenüber. Oder, wie hier festgestellt wird, betreibt sogar Erpressung. Die Bezeichnung der Leistungsverweigerung als Erpressung ist dabei nicht einfach nur der sprachlichen Hilflosigkeit der zitierten Person geschuldet, sondern der elementare Ausdruck einer Gesellschaft, die die objektive Gedankenform verinnerlicht hat und jegliche Abweichung vom Nutzenprinzip disziplinieren und sanktionieren will. Begründet werden diese Gesellschaftsordnung und der Sanktionswille mit einer demokratischen Vorstellung, nämlich der Gerechtigkeit.

Gerechtigkeit meint hier im Sinne des juristischen Äquivalententausch von Rechtspositionen, den gerechten Austausch von Arbeitsleistung des Individuums in Bezug auf die gesellschaftliche Reichtumsproduktion und seinen Lebensmöglichkeiten. Gemessen und bewertet wird die nationale Wirtschaftsleistung in Form des Bruttoinlandsprodukts, das als Wohlstandindikator gesehen wird. Als gerecht gilt bei der Leistungsgerechtigkeit, was jede/r auf Grund seiner eigenen Leistung zur Bedürfnisbefriedigung erhält. Oder, um es noch kürzer zu machen: Jeder/m das Leben, dass ihr/ihm aufgrund der Leistung im Verwertungsprozess zusteht. In Anlehnung an absolute Straftheorien wird die individuelle Schuld als ökonomisches Versagen Einzelner und als Schaden an der abstrakten Allgemeinheit gewertet. Ausnahmen gelten nur für Menschen, die wirklich nicht die Möglichkeiten haben sich selbst zu reproduzieren (Menschen mit Behinderung, Alte usw.) Hier greift das Sozialstaatsprinzip. Aber auch diese „stillen Reserven“ sollen für den Arbeitsmarkt aktiviert werden. Die Sarrazindebatte hat deutlich gemacht, dass der Sozialchauvinismus durch alle politischen Lager geht. Gemessen am Leistungsprinzip und utilitaristischen Denken gilt jede/r als gesellschaftlich verdächtig, der/die nichts oder sehr wenig zum BIP beiträgt. Sei es, weil die Individuen aus der „Unterschicht“ mit oder ohne Migrationshintergrund kommen und/oder, weil sie zu viele Kinder bekommen. Aber gerade die biopolitische Argumentation, dass sich nur die „Dummen“ und „kulturell Nichtintegrationswilligen“ vermehren, macht deutlich, dass es sich hierbei nicht einfach nur um einen Tabubruch handelt, sondern in bester Untertanenmentalität nach oben gebuckelt und nach

unten getreten werden soll. Die Dämonisierung Sarrazins mag zwar aus politisch strategischen Momenten sinnvoll erscheinen und sich auch gerade im Kontext des europäischen Rechtsrucks dazu eignen, Rassismus, Nationalismus usw. zu thematisieren, aber es darf nicht vergessen werden, dass Leistungs- und Chancengerechtigkeit die Basis der bürgerlichen Ideologieproduktion selbst sind. Die Freiheit und Gleichheit, die demokratisch postuliert wird, ist genau jene, die diese Verhältnisse als die vermeintlich Bestmöglichen verstetigt und den kapitalistischen Normalzustand naturalisiert.

My class is my pride!  
But where is my class?

Noch nie waren so viele Produzenten weltweit von den Produktionsmitteln getrennt. Die wachsende Anzahl der Lohnabhängigen verweist jedoch nicht auf

zunehmende soziale Kämpfe, sondern vor allem auf die Furcht, zu den überflüssigen Arbeitskraftbehältern zu gehören, die in den Industriegesellschaften festzustellen ist. Die „Multitude“ als amorphes revolutionäres Gebilde scheint auch noch nicht so ganz ihre historische Bestimmung über die immatrielle Arbeit begriffen zu haben, wie sich das die Postoperaisten Hardt und Negri dachten. Doch warum kommen die „proletarisierten Massen“ nicht zu einem Bewusstsein ihrer Situation und werden zur „Klasse für sich“, bereit ihre vermeintliche historische Pflicht der Menschheit zu erfüllen?

Während die Klasse an sich aus den Produktionsverhältnissen notwendigerweise entstehen und den Interessen der Kapitalisten komplett gegensätzlich sein muss, kann im Jahr 2011 konstatiert werden, dass sich der Klassenkampf in Form sozialer Kämpfe zwar vollzieht, den Subjekten aber in zunehmendem Maße kein Klassenbewusstsein mehr eigen ist. Abgesehen davon gibt es wenig Erfolge, die in den letzten Jahren gegen das Kapital errungen wurden, sondern vor allem verzweifelte, aber dennoch notwendige Versuche, zumindest die Reproduktion der Arbeit durch Lohn zu gewährleisten. Hierin steckt auch der wahre Kern des mantraartigen Vorbebens und Wunsch man „müsse von seiner Hände Arbeit leben können“.

Über die besondere Spezifik deutscher Arbeitskampforganisation und ihrer verstaatlichten Protestformen wurde schon viel diskutiert und geschrieben, aber warum hat der Kapitalismus derart stabilisierende Mechanismen, die dazu führen, dass die elementarsten Formen kapitalistischer Widersprüche nicht offensichtlich werden? Reicht es einfach aus, Arbeitslosenstatistiken so zu modifizieren, dass die Anzahl der Erwerbslosen immer weiter sinkt? Oder ist alles gut, solange Deutschland dem Wachstumspfad folgt? Gibt es einfach keine Klassen mehr und die soziologischen Quasselfuzzies haben Recht, wenn sie behaupten, die Lebensverhältnisse seien so heterogen, dass keine politische Bindungswirkung mehr entstehe?

Und überhaupt:  
Where is my fucking happiness?

Wie bereits mehrfach erwähnt, hat der Druck der Selbstverbesserung, der Selbstverantwortung der Subjekte und der damit einhergehenden Selbstdisziplinierung massiv zugenommen. Die Lebensrisiken und -sicherheiten werden zunehmend privatisiert und so steigt auch die Angst, als VerliererIn da zu stehen. Das einzige wirklich Beständige ist die Notwendigkeit, (lohn-)arbeiten zu gehen und der Widerspruch zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften. Doch während in den 70ern noch klar war, wer wo was produziert in der Fabrik, ist fordistisch oder tayloristisch organisierte Fabrikarbeit, und damit auch die Massenbasis der kollektiven Interessensvertretung, längst eine scheidende Produktionsform. Die so genannte Dienstleistungs- oder, eine neuere Wortschöpfung, „Wissensgesellschaft“ habe als einzige Ressource gute Köpfe zur Verfügung, die es in Konkurrenz gegen andere einzusetzen gilt. Es führt dann wohl auch die Annahme, dass Deutschland Köpfe und keine

## Migrationspolitik und Kulturalisierung

Als migrationspolitische Initiativen der Christdemokraten ist in der jungen BRD vor allem die Anwerbung von Gastarbeitern, zu nennen. Sie verfolgte bekanntlich ökonomische Ziele, nämlich die Einbindung von Arbeitskräften in den Niedriglohnsektor. Hier zeigte sich bereits im Anwerbevertrag mit der Türkei, dass ArbeitsmigrantInnen aus muslimischen Ländern anders zu behandeln waren als jene aus christlich geprägten Staaten. So war der damalige CDU Minister für Arbeit und Sozialordnung Theodor Blank angesichts der kulturell-religiösen Unterschiede zunächst gar nicht bereit auf das Entsendeangebot der Türkei einzugehen. Erst auf Druck der USA kam das Abkommen schließlich mit Sonderauftrag zu Stande zustande, die später auch in entsprechende Verträge mit Marokko und Tunesien aufgenommen wurden. Demnach mussten Einwanderer aus muslimischen Ländern unverheiratet sein, Familiennachzug wurde zunächst prinzipiell ausgeschlossen und der Aufenthalt grundsätzlich auf zwei Jahre begrenzt. Ungeachtet dieser rigiden Kriterien begann mit Inkrafttreten des deutsch-türkischen Vertrages 1964 die Einwanderung der bis heute zahlenstärksten muslimischen MigrantInnengruppe in die BRD. Später kamen andere MigrantInnengruppen, schon in den 1980ern, erst recht aber nach dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung stieg die Zahl der Asylsuchenden deutlich an. Allein die Benennung der numerischen Fakten hätte eigentlich dazu führen müssen die BRD als Einwanderungsland zu bezeichnen. Dies erschien den gewählten Stellvertreterinnen, der deutschen Staatsangehörigen jedoch lange nicht opportun. Insbesondere das politische Christentumtrug und trägt hier kulturalistische Kreuzzüge im Kampf um die erwünschten Kreuzchen auf den Wahlzetteln aus. So wurde die faktische Abschaffung des Asylrechts von den Christdemokraten bereits 1988 gefordert. Eine gesetzgebende Mehrheit erlangte sie dann 1993 im deutsch-nationalen Taumel des wiedervereinigten Staates, als auch SPD und FDP fürchteten, ihre Stimmen an den „rechten Rand“ zu verlieren. Waren die ChristdemokratInnen damals politische VordenkerInnen des strukturellen Rassismus, sahen sie sich später unter Rot-Grün gezwungen diese Politik als „Dagegen-Partei“, sprich als ReformblockiererInnen fortzusetzen. Anlässlich der rot-grünen Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes, die immerhin das Prinzip Blutsabstammung aufweichte, war der christdemokratische Aufschrei unüberhörbar. Während der Antikommunismus historisch an Erklärungskraft eingebüßt hatte, wurde die anti-muslimische Kulturalisierung hier schon vor dem 11.9.2001 für ChristdemokratInnen attraktiv. Die Unionsaktivitäten gegen die doppelte Staatsbürgerschaft richtete sich insbesondere gegen türkische EinbürgerungswarterInnen, deren erste Staatsbürgerschaft nach dem türkischen Abstammungsprinzip bei erneuten Einbürgerungen fortbesteht. Schon damals schwang Edmund Stoiber gezielt die Angstkeule des pauschalen Terrorverdachtetes und prognostizierte, mit dem Doppelpass sei die Innere Sicherheit gefährdeter als durch die RAF.

## Integration als Verhaltensimperativ

Mittlerweile stehen aber zumindest für aufenthaltsberechtigte MigrantInnen die Zeichen auf Integration. Nach langen Widerreden mussten selbst Unionsparteien einräumen, dass sie in einem „Einwanderungsland“ Politik betreiben. Dabei liegen die gegenwärtigen Zwecke christdemokratischer Migrationspolitik in der volkswirtschaftlichen Nutzenrechnung begründet. Selbst der besondere Schutz von Ehe und Familie muss hinten anstehen, wo FamiliennachzüglerInnen der deutschen Sprache nicht mächtig und nur eingeschränkt in Arbeit vermittelbar sind. Das zeigt auch das gerade in Kraft getretene Gesetz gegen Zwangsverheiratung. Wo CDU-Ministerin Böhmer behauptet: „Wir lassen niemanden allein“, sehen sich in die BRD zwangsverheiratete Frauen mit dem Problem konfrontiert, jetzt zwei statt wie bisher drei Jahre auf ein selbstständiges Aufenthaltsrecht warten zu müssen. Wer jedoch umgekehrt die deutsche Schulbildung und Erwerbszurichtung durchlaufen hat, kann sich nun über ein auf zehn Jahre erhöhtes Rückkehrrecht freuen. Schließlich ist Integrationspolitik ist hier vor allem Arbeitsmarktpolitik.

Dass allerdings die BRD-Gesellschaft ihren Reichtum sehr ungleich und bevorzugt an Abstammungsdeutsche verteilt, ist unbestreitbar. So liegt die Armutsquote von MigrantInnen hierzulande bei 34,3 %, und bei Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund immer noch bei erschreckenden 24,7 %. Die Schuld für dieses Miss-



verhältnis wird von Christdemokraten einseitig den MigrantInnen selbst aufgebürdet oder in den multikulturellen Projekten der rot-grünen Regierungsphase verortet. Dabei hat gerade die Schröder-Fischer-öRegierung mit Hartz IV ein Disziplinierungsmittel eingeführt, das die ständige Arbeitsverfügbarkeit auch für die überdurchschnittlich betroffene Gruppe der MigrantInnen verbindlich machte. Der andauernde gesellschaftliche Rassismus als Ursache der Unterschiede in der Reich-tumsverteilung wird von den Christdemokraten, die lieber über „Deutschenfeindlichkeit“ lamentieren, gerne ignoriert. Stilbildend ist die Rede von Bundespräsident Christian Wulff bei den Einheitsfeierlichkeiten 2010. Er diskreditierte multikulturelle Konzepte, die „das Verharren in Staatshilfe, die Kriminalitätsraten und das Machogehabe, die Bildungs- und Leistungsverweigerung“ unter MigrantInnen bestärkt hätten. Zugleich formuliert Wulf einen integrationspolitischen Verhaltensimperativ, nämlich: Spracherwerb, Erwerbsarbeit, Verfassungstreue und Antiextremismus. Gegenüber muslimischen Einwanderern bringt Familien- und Extremismus-Expertin Kristina Schröder das kulturimperialistisch auf den Punkt und fordert einen „deutschen Islam.“ Das heißt: MigrantInnen die eine muslimische Identität haben, oder denen eine solche plump kulturalistisch unterstellt wird, sehen sich ständig dem Verdacht ausgesetzt, Sozialkassen zu schröpfen und prinzipiell verfassungsfeindlich und sexistisch zu sein. Was dann erst durch einen verfassungsgeläuterten deutsch-muslimischen Glauben zu überwinden wäre. Hier wird eine untertänige Staatsloyalität erwartet gegenüber einem Staat, der seinen christlichen Kirchen zahlreiche Sonderrechte einräumt. Etwa als größter Arbeitgeber-Lohndrücker des Standorts, der auch die persönlichen Lebensverhältnisse seiner Angestellten nach christlichen Maßgaben sanktioniert. Verfassungstreue, von den MuslimInnen stets eingefordert, wird obskuren christlichen Gruppierungen kaum abverlangt. So durften die Evangelikalen, protegiert durch von der Leyen, ihre sexistischen Ideologien beim Christival 2008 in Bremen mit staatlicher Förderung verbreiten. Hier rückt das „EU-Abendland“ zusammen. Wir leben in einem Staaten-Bund, der Schulkindern den Anblick eines nackten, gemarterten „Gottessohnes“ am Kreuz zumutet, während Bündnismitglieder die Anwesenheit verschleierte Frauen in der Öffentlichkeit verbieten lassen. Hier bauen sich auch christdemokratische Akteure dann gerne zum Erfüllungsgehilfen einer feministischen Gleichstellungspolitik auf.

Was zeigt nun der kulturalistische Diskurs über die geschlechtsspezifischen Verhältnisse der eigenen Gesellschaft? Offenkundig sollen deutsche Frauen (und Männer) mit der Beschreibung von MuslimInnen als Negativbeispiele eine positive Identifikation mit der eigenen Kultur, Nation und dem angeblich auf einmal deutschen Wert der Gleichberechtigung aufbauen. Sexistische Diskriminierung wird so als Problem



der Anderen, besonders der MuslimInnen markiert, um vom Sexismus der eigenen Politik und Gesellschaft abzulenken, während informell fortbestehende männliche Privilegien großzügig übersehen werden. Tatsächlich, dass belegt dieser Artikel, kollidiert dieser stumpf-abend-ländische Rekurs frontal mit den strukturellen und materiellen Zumutungen, denen Frauen sich gerade im christdemokratisch geprägten Staat verstärkt ausgesetzt sind.



Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem zeigt deutlich, was unter Chancengleichheit zu verstehen ist und wie Sozialchauvinismus dadurch tagtäglich exekutiert wird. So sollten die HamburgerInnen über die Reform des Schulsystems 2010 per „Volksabstimmung“ abstimmen und während sonst eine geringe Organisationsfähigkeit bei solchen Themen zu erwarten war, gelang es der gutbürgerlichen Initiative „Wir wollen lernen“, durch Desinformationen und rassistische Stereotype die Reformvorhaben zu beenden. Mit enormen finanziellen Möglichkeiten wurde hier Stimmung gemacht, damit den Mittel- und Oberschichtenkids nach wie vor bessere Chancen eröffnet bleiben.

Gerade die „Mittelschicht“ weiß um die Gefahr des Absturzes und versucht sich als „Wutbürgers“ Gehör zu verschaffen. Und wütend ist er, der Bürger als solcher. Er motzt gegen Banker, gegen zu hohe Steuern, gegen die Arbeitsmarkttöffnung für Osteuropa, gegen Finanzhilfen für Griechenland, gegen integrationsunwillige AusländerInnen, wie er sagt, gegen Arbeitsscheue, aber in den meisten Fällen eher leise. Auf die Straße geht die/der deutsche BürgerIn gegen Stuttgart 21, falls mal ein Atomkraftwerk kaputt geht und Atomstrom für kurze Zeit doch problematisch scheint, manchmal gegen Nazis, aber am liebsten gar nicht. Denn Ordnung ist die oberste BürgerInnenpflicht und insofern verkehrt sich jeglicher Anspruch an ein gutes Leben für alle in den Wunsch, lediglich die eigenen Schäfchen ins Trockene zu bringen, und verteidigt wie im Falle Hamburgs seine privilegierte Stellung gegenüber den unteren Einkommensklassen und LeistungsbezieherInnen. Wenn jedoch die Selektivität des Bildungssystems klassenspezifische Merkmale aufweist und der Klassenkampf von Oben konkrete Formen annimmt, warum steht nicht der elementare Widerspruch von Arbeit und Kapital im Mittelpunkt der konfliktreichen Vergesellschaftung? Ist es so schwer zu begreifen, dass der Kapitalist nur mehr Profit erhält, wenn er die Ausbeutungsrate der Arbeit erhöht? Oder dass ArbeiterInnen dem Kapitalisten den Profit schmälern, wenn sie ihm mehr Lohn und bessere Bedingungen abringen? Und dass, wenn diese zwei Positionen sich in Form der Sozialpartnerschaft versöhnen, immer das Kapital gewinnt, dem zunehmend mehr Druckmittel zur Verfügung stehen?

Der Klassencharakter als kategoriales Analyse-mittel der gesellschaftlichen Verhältnisse bleibt in der materialistischen Kritik brandaktuell. Wenn sich jedoch Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtprozesses im Rahmen der Wertverwertung ändern und zunehmend krisenanfälliger werden, Niedriglohnjobs, Leiharbeit und Transferbezüge zentrale Merkmale kapitalistischer Gesamtproduktion werden, kann zwar die Klasse an sich bestimmt werden, jedoch nichts über den politischen Organisations- und Willenszustand gesagt werden, der den Kapitalismus selbst aufheben soll. Diese vermeintlich historische Bestimmung des Proletariats als Motor der Geschichte kann nicht mehr als Grundkonzept linksradikaler Praxis und Theorie in Deutschland gelten. Nicht, weil es keine Klassen gäbe, sondern weil sie sich aus dem Prozess ihrer Notwendigkeit emanzipieren müsste. Nicht für die Arbeit und den Arbeitsplatz müsste sich eine emanzipatorische revolutionäre Klasse aussprechen, nicht für Arbeitsplatzsicherung und Urlaubsgeld für ArbeitnehmerInnen auf der einen Seite und Existenzsicherung für Erwerbs- und Arbeitslose auf der anderen Seite, sondern für eine kollektive gesellschaftliche Organisation im Rahmen einer Zusammenkunft freier Individuen, die die Bedürfnisse gesellschaftlich jenseits des Werts und seiner Geldform organisiert und befriedigt. Denn die Klasse für sich, in Form ihrer

Waren produziert, dazu, die Bildungspolitik in das Zentrum politischer Maßnahmen rückt. Doch gerade in der Bildungspolitik offenbart sich der Klassencharakter dieser Gesellschaft und der Wille der Bourgeoisie, sich von anderen Klassen abzugrenzen. Die Selektivität der Bildung ist es, die den kleinsten Humankapitalteilen ihre Zukunft weist. Nicht erst seit den OECD- und PISA-Studien ist klar, dass das Elternhaus und damit die vergoldete Potenz der Möglichkeit des Wissenserwerbs sehr eng mit den Zukunftschancen zusammenhängen. Das

Interessensvertretungen DGB und Co. ist eine Institution für die Arbeit und insofern, so international sie auch scheint, auf die nationale Arbeitswahrung ausgelegt. „Es ist also die Frage ums Ganze, ob die Befreiung der Arbeit oder die Befreiung von der Arbeit“ (vgl. Frank Engster, Podiumsdiskussion ...ums Ganze Kongress in Bochum) Ausgangspunkt gesellschaftlichen Handelns wird. Wenn das Hauen und Stechen auf dem Weltmarkt in eine neue Konkurrenzschlacht gerät und die Produktivität wieder steigen muss, stehen die VerliererInnen schon fest. Und es ist eine Frage der Zeit bis ein Sarrazinverschnitt oder eine ähnliche Gestalt alte Ideen brandneu aktualisiert und den Überflüssigen das in Vergessenheit geratene englische „workhouse“ ange-deihen lassen will. Arbeit um ihrer selbst Willen und Abschreckung der Anderen machen das „workhouse“ brandaktuell und wären die letzte realistische Möglichkeit, den Ordnungsrahmen der „sozialen Marktwirtschaft“ zu garantieren. Die staatlich durchgesetzte räumliche Trennung von Überflüssigen und BürgerInnen wäre die letzte moralische Hürde, die ein staatliches Akkumulationsregime im Rahmen des Verwertungsimperativs denkbar erscheinen lässt. Doch ist auch eine solche Möglichkeit in keiner Weise Fiktion, es wäre zunächst ein vermeintlicher Tabubruch und dann gesellschaftliche Realität...

„Can it be all so simple“ (Wu Tang Clan)

Die gesellschaftliche Situation für Linke wird nicht einfacher. Der Extremismuskurs erschwert die Bündnis-konstellationen in den Bereichen, in denen eine Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Kräften möglich ist. Der Staat stellt jede kritische Initiative unter Generalverdacht, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu stören oder zu gefährden. Soziale Kämpfe sind gefälligst konstruktiv zu führen, sonst droht Repression und der runde Tisch im Fernsehen mit dem Vermittlungsyoda (Heiner Geissler). Abgesehen davon haben es vor allem radikale Linke nicht geschafft, ihr Engagement über eine bestimmte Altersgrenze hinaus zu erhalten, um weiterhin organisiert Politik zu betreiben. Daher bleibt „die radikale Linke“ vor allem Jugendbewegung, die aktionsorientiert ist und leider viele Fehler reproduziert. Auch der steigende materielle Druck und Leistungsdruck in Schulen, Betrieben, Universitäten usw. erschwert ein Engagement in organisiertem Rahmen. Doch es ist nicht wie in „The Matrix“, wo die rote Pille dazu führt, dass das Individuum Wahrheit erlangt und von außen gegen das System angehen kann. Es ist vor allem das Wissen, dass man es mit einer völlig falsch eingerichteten Welt und gruseligen Verhältnissen zu tun hat, die jeder/m feindlich gegenübersteht. Es ist die Verpflechtung von Staat, Nation, Kapital, die eine/n wahnsinnig machen kann. Die aus unterschiedlichen rationalen oder irrationalen Gründen die Menschen gegeneinander in Stellung bringt, die Armut und Reichtum aufteilt. Und das nicht, weil die Menschen böse sind, obwohl es definitiv Arschlöcher gibt, sondern weil alle im prozessierenden Widerspruch Kapitalismus ums beste Leben kämpfen müssen und diese Logik verinnerlicht haben. Die einen mehr die anderen weniger, aber alle müssen ihren Kopf so gut es geht über Wasser halten und schwimmen im Meer, in das sie selbst das Wasser eingelassen haben und jeden Tag eine kleine Welle mehr verursachen. Einige gehen unter, andere haben einen Rettungsring, einige haben kleine Boote und wenige haben Yachten. Der Kampf für den Kommunismus als Zusammenschluss freier Individuen lässt sich nur durch selbstreflektierende Aufklärung und gesellschaftliche Praxis realisieren. Nicht durch einen Sturm auf den Reichstag usw., sondern nur durch einen gesellschaftlichen Wandel in den Köpfen und Vergesellschaftungsformen ist ein gutes Leben für alle denk- und machbar. In diesem Sinne gilt es, Aufklärung zu betreiben, das vermeintlich rationale Denken im Kapitalismus als das zu outen, was es ist – ein feindliches und desaströses, hochgradig krisenhaftes Vergesellschaftungsprinzip für die Menschen von den Menschen.



# Vielen Dank für die Blumen!

## Aufruf des »... ums-Ganze!«-Bündnisses zur Kampagne gegen Intergration und Ausgrenzung

Der Ton wird rauer, die Politik verrückter und die Aussichten immer brutaler. es gibt allen Grund, sich gegen diese Zumutungen zu wehren. Stattdessen wird nach unten getreten, wo es noch geht. Aber: So wie es ist, muss es nicht bleiben. Das kommunistische „...ums Ganze!“-Bündnis lädt zum gepflegten aufstand gegen Sozialchauvinismus, Rassismus und Kapitalismus ein.

### Menschen: Material in der Weltmarktkonkurrenz

Was tragen Sie zum Erfolg des Standorts bei? Die Frage muss sich heute jede\_r gefallen lassen. Mit der anhaltenden Krise wird deutlich: Auch in den kapitalistischen Zentren ist der Wohlstand nicht sicher, sondern muss gegen andere Nationalökonomien verteidigt werden. Kapitalismus ist ein endloser Wettlauf um maximale Verwertung. Den Menschen bleibt nichts, als ihre Lebenszeit auf immer engeren Arbeitsmärkten zu verkaufen. Sie müssen froh sein, überhaupt eine Lohnarbeit zu ergattern, und jedes noch so miese Angebot annehmen. Auch die bürgerlichen Staaten bringen ihr „Humankapital“, also die ihnen unterstellten Menschen, gnadenlos auf Trab. Sie biegen jede\_n zurecht, um in ihrem Herrschaftsbereich optimale Verwertungsbedingungen zu schaffen. Das ist der offen ausgesprochene Konsens aller politischen Lager, gestritten wird nur über die bestmögliche Umsetzung. Mit staatlicher Gängelung und sozialer Diskriminierung werden alle gezwungen, den ständig wechselnden Trends auf dem Arbeitsmarkt hinterherzulaufen. Die Stammtischparole der Volkswirtschaft lautet: „Wer sich genug anstrengt, bekommt auch einen Job.“ Aber in Wahrheit werden die Letzten immer von den Hunden gebissen, egal wie sehr sie sich anstrengen.

Deutschland zeigt, was ein Danke ist: Dem einmillionsten Gastarbeiter

werden ein Strauß Blumen und ein Moped spendiert. Wir sagen: Scheiß drauf! Wir verzichten auf eure Integration, die Mopeds haben wir schon, die Blumen brauchen wir nicht. Was wir wollen, ist das gute Leben für alle! Die meisten Bürger\_innen stimmen dieser Politik auch noch zu, und beteiligen sich an ihrer eigenen Zurichtung. Sozialchauvinismus macht sich breit, von der BILD-Zeitung bis ins Philosophieseminar. Schuld an der Misere ist nicht das kapitalistische System, schuld sind „die Anderen“, die „Sozialschmarotzer“ und „Integrationsverweigerer“ – so lautet die Botschaft. Dem Staat aber genügt diese vorausseilende Hetze nicht. Er stellt seiner Bevölkerung eine schonungslose Mängelliste aus: zu alt, zu unflexibel, nicht bereit zum „lebenslangen Lernen“, und bitte weniger Kinder aus den „bildungsfernen Schichten“.

Vielen Dank für die Blumen. Aber die Besitzlosen können nichts dafür, dass sie den ständig wechselnden Anforderungen kapitalistischer Verwertbarkeit niemals werden genügen können. Insbesondere nicht, wo die rasante Steigerung der Produktivkräfte immer mehr Lohnabhängige überflüssig macht. Was im Übrigen gar nicht schlimm sein muss. Dass „die Arbeit knapp“ wird, ist nur unter der stumpfsinnigen Logik der Kapitalvermehrung ein Problem.

### Hass und Hetze: Opium der Frustrierten

Statt mit dieser verrückten Logik zu brechen, heißt es „Alle gegen Alle“: Festangestellte betonen ihre Qualifikationen gegenüber Leiharbeiter\_innen, Herkunfts-Deutsche und EU-Bürger\_innen verteidigen ihre rechtlichen Privilegien gegenüber Migrant\_innen, Hartz-IV-Empfänger\_innen empören sich über angeblich faule Schicksalsgenoss\_innen, und die migrantische Bildungselite verstärkt das nationale Klagelied gegen vermeintlich „integrationsunwillige“ Einwander\_innen. Einst abseitige Gestalten wie Thilo Sarrazin und der TV-Plapperphilosoph Peter Sloterdijk gelten inzwischen als mutige Tabubrecher. Sie bestätigen ein Millionenpublikum in altbekannten Vorurteilen, und beweisen so ein weiteres

## Freiheit statt Frontex

Keine Demokratie ohne globale Bewegungsfreiheit

Mit den beeindruckenden Aufstandsbewegungen in der arabischen Welt und dem Sturz der Despoten in Nordafrika kommen dem vorverlagerten EU-Grenzregime die Wachhunde abhanden. Die Frage einer verschärften Migrationskontrolle durch die europäische Grenzschutzagentur Frontex ist in Politik und Medien in diesen Tagen und Wochen ein großes Thema. Umso dringender erscheint es uns, gegen den fortgesetzten Tod und das Leid an den Außengrenzen die berechnete Forderung der Flüchtlinge und MigrantInnen nach Bewegungsfreiheit stark zu machen.

Vor diesem Hintergrund haben sich die drei antirassistischen Netzwerke *afrique-europe-interact*, *Welcome to Europe (wzeu)* und *Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet)* auf die Veröffentlichung einer gemeinsamen Stellungnahme mit dem plakativen Titel „Freiheit statt Frontex“ verständigt.

Wir wollen diese Deklaration mit möglichst vielen Unterschriften so schnell und so weit wie möglich verbreiten, entsprechend bitten wir weitere Netzwerke, Organisationen und Initiativen wie auch Einzelpersonen um Unterzeichnung. Eine entsprechende kurze Mitteilung bitte an [fjf@antira.info](mailto:fjf@antira.info) schicken.

Auf den Webseiten unserer drei Netzwerke werden wir den Stand der Unterschriften jeweils aktualisieren und über weitere mögliche Schritte informieren:

[www.afrique-europe-interact.net/](http://www.afrique-europe-interact.net/)

<http://wzeu.net/>

<http://kritnet.org/>

Die Dynamik des arabischen Frühlings strahlt aus in die ganze Welt. Die Aufstandsbewegungen im Maghreb machen Mut und Hoffnung, nicht nur weil despotische Regime verjagt werden, die vor kurzem noch unüberwindbar erschienen. So offen die weiteren Entwicklungen bleiben, im Dominoeffekt der tunesischen Jasminrevolution meldet sich in atemberaubender Schnelligkeit die alte Erkenntnis zurück, dass Geschichte von unten gemacht wird. Die Kämpfe richten sich gegen die tägliche Armut wie auch gegen die allgemeine Unterdrückung, es geht gleichermaßen um bessere Lebensbedingungen wie um Würde, kurz: um „Brot und Rosen“.

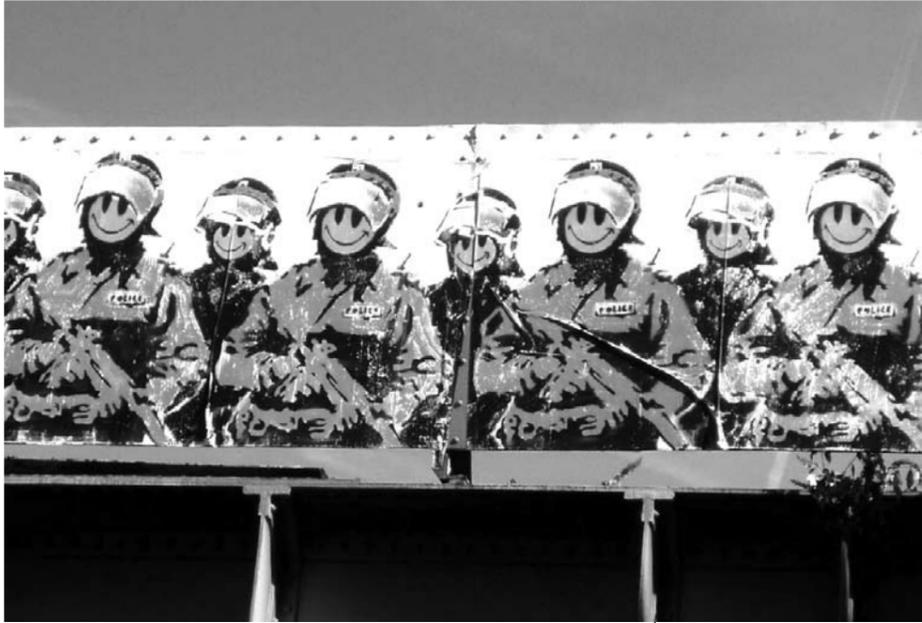
Die unglaublichen Tage auf dem Tahirplatz in Kairo steuern für die Suche nach neuen Formen der Selbstorganisation und Basisdemokratie. Der Wunsch nach gleichen Rechten, nach Autonomie und Teilhabe am wirtschaftlichen Reichtum, spiegelt sich aber auch in den Booten Richtung Europa wieder: jetzt aus Tunesien, seit Jahren aus Nord- und Westafrika. „Exit“ – sich die Bewegungsfreiheit zu nehmen und zu migrieren, um ein anderes, besseres Leben zu finden, und „Voice“ – die Stimme zu erheben und den Kampf vor Ort zu führen, sind keine Gegensätze, sie stehen vielmehr in einem lebendigen Wechselverhältnis.

Das hatten – noch offenkundiger – bereits die Umbrüche 1989 gezeigt. Die Abstimmung mit den Füßen katalysierte damals die Protestbewegungen gegen das realsozialistische Unterdrückungsregime. Die Mauer ist auch deshalb gefallen, weil die Menschen ihre Bewegungsfreiheit durchgesetzt haben. Um so verlogener erscheint heute die Freiheitsrhetorik westlicher PolitikerInnen, die angesichts der Migrationsbewegungen aus und über Nordafrika einmal mehr das Bedrohungsszenario der Überflutung bemühen, gegen die nun die europäische Grenzschutzagentur Frontex in Stellung gebracht wird.

Die EU-Regierungen haben die nordafrikanischen Wachhunde hofiert und gestützt und sich in den letzten Wochen zögerlich bis bremsend gegenüber den Aufstandsbewegungen verhalten. Dahinter stecken starke ökonomische Interessen, aber auch die gewachsene Kollaboration in der Migrationskontrolle. Despoten wurden umso wichtigere „Partner“, je effektiver sie als Wachhunde für ein vorverlagertes EU-Grenzregime fungieren. Migrationsbewegungen aus Afrika sollten um jeden Preis eingedämmt werden.

Tausendfacher Tod und Leid nicht mehr nur auf See, sondern auch in den Wüsten und Internierungslagern waren und sind die Folgen dieser schändlichen Komplizenschaft. Die subsaharischen MigrantInnen, die aktuell in Libyen Opfer pogromartiger Hetzjagden werden, sahen sich unter dem Gaddafi-Regime seit Jahren einer syste-





matischen Entrechtung, Willkür und Misshandlungen ausgeliefert. Die EU hat dem libyschen Diktator Millionen gezahlt und Überwachungstechnik geliefert, eine ähnliche Kooperation gibt es mit dem marokkanischen Machthaber, und bis vor kurzem auch mit dem tunesischen Regime. Die arabischen Revolutionen markieren jetzt das mögliche Scheitern dieses brutalen Ausgrenzungsprojekts der EU im Mittelmeerraum.

Mit den gezielt medial gestreuten Befürchtungen über einen Kollaps der Migrationskontrolle wird nun die weitere Verschärfung und Militarisierung des EU-Grenzregimes legitimiert, verkörpert durch Frontex. Die europäische Grenzschutzagentur ergänzt und erweitert die nationalen Kontrollsysteme, die seit Jahrzehnten auf Abschreckung und Kriminalisierung der Migrationsbewegungen zielen. Frontex soll – wie bereits vor der westafrikanischen Küste oder an der griechisch-türkischen Grenze – nun auch verstärkt vor Nordafrika zum Einsatz gebracht werden.

Italien erhält die Federführung für diese „Operation Hermes“. Das ist konsequent und schockierend ehrlich: In Folge des Schulterchlusses zwischen Berlusconi und Gaddafi kam es in den letzten Jahren zu unzähligen unrechtmäßigen Rückschiebungen im Mittelmeer, der italienische Staat hat sich geradezu als Meister im Bruch aller Flüchtlingskonventionen inszeniert. Und nicht zufällig wird kriminalisiert, wer das Leben der Boatpeople rettet. Das zeigen die Fälle der Cap Anamur oder der tunesischen Fischer, deren Prozesse in Italien noch immer andauern.

MigrantInnen suchen Schutz oder ein besseres Leben in Europa. Sie wandern gegen ein Reichtumsgefälle, das ganz wesentlich in den neokolonialen Dominanz- und Ausbeutungsverhältnissen zwischen Europa und Afrika begründet liegt. In Europa muss sich der universelle Anspruch auf Freiheit und Demokratie deshalb am Umgang mit denjenigen messen lassen, die auf dem Weg der Migration gleiche Rechte einfordern. Frontex steht für den Ausbau eines tödlichen Grenzregimes, für das in einer freien Welt kein Platz ist. Der Tod an den Außengrenzen könnte schon morgen Geschichte sein. Aber das ist politisch nicht gewollt. Stattdessen führen die EU-Verantwortlichen einen regelrechten Krieg an den Außengrenzen.

Innerhalb der EU gehören Entrechtung und Abschiebung zum rassistischen Alltag, in dem „Integration“ als Druckmittel der Anpassung und Ausbeutung in den Niedriglohnssektoren benutzt wird. Doch dieser selektive Umgang mit Migration ist mit Widerständigkeits- und Beharrlichkeitskonfrontiert, die das System der Ungleichheiten und Unfreiheiten immer wieder herausfordern. Nicht zufällig findet in dieser bewegten Zeit ein dramatischer Hungerstreik von 300 maghrebischen MigrantInnen für ihre Legalisierung in Griechenland statt. Und verstärkt fackern Bleiberechtskämpfe und migrantische Streiks quer durch Europa auf, seit

Mal, dass das Gerede vom „postideologischen Zeitalter“ nach 1989 nur eine hohle Phrase ist. Die Leute spinnen wie eh und je.

Den Fans der kapitalistischen Gesellschaft galten bis vor kurzem „Manager“ als Vorbilder an Mut und Initiative, als „Macher“ des Standorts. Doch wie es kommt: Nach dem Crash erscheint deren gerade noch hochgelobte Risikobereitschaft nur noch als „unverantwortlicher Exzess“. Die politische Öffentlichkeit verurteilt solche Geschäftspraktiken erst, seit sie den Standort als ganzen gefährden. Urteilsmaßstab ist also nicht „ethisches Verhalten“ oder „solide kaufmännische Werte“, sondern immer das, was gerade einen nationalen Vorteil verspricht.

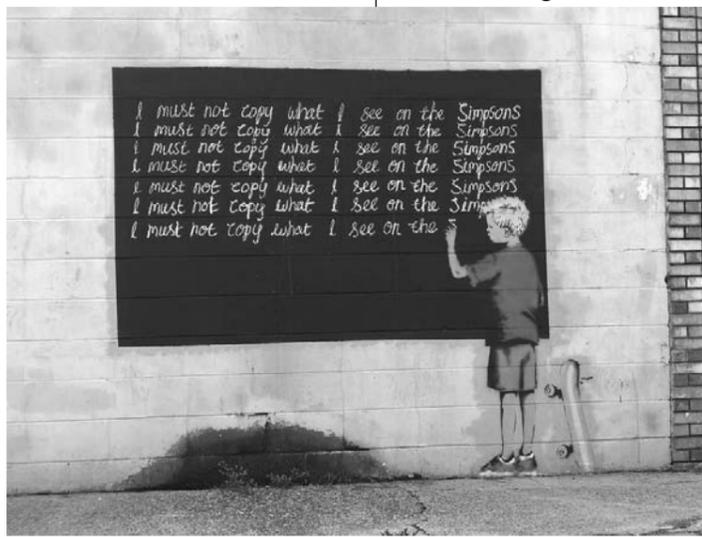
Wo Chefs nicht mehr als Vorbilder taugen, erfindet der Staat neue Maßnahmen zur allgemeinen Ertüchtigung. So verteilt er statt Bargeld nun Bildungs- und Kulturgutscheine an die Verlierer\_innen der „sozialen Marktwirtschaft“. Dies aber nur, wenn die zuständigen Behörden darin einen gesellschaftlichen Nutzen erkennen. Auf diese Weise erscheint der Staat als Wohltäter, und behält doch die volle Kontrolle. Die Ohnmacht der Zuwendungsempfänger\_innen wird vertieft, ihr gesellschaftlich produzierter Ausschluss erscheint weiter als individuelles Versagen.

Vielen Dank für die Blumen. Aber das autoritäre „Fördern und Fordern“ geht uns am Arsch vorbei. Die Sorgen des Standorts auch. Wir machen keinen Finger krumm fürs nationale Kapital und für einen „Sozialstaat“, der unsere Ohnmacht zementiert.

**Angepasst: Wer alles kann und nichts will**

Das die öffentliche Moral beim nationalen Vorteil beginnt und auch endet, zeigt sich aktuell wieder in der Debatte über Flüchtlinge aus Nordafrika. Zwar werden die Demokratie-Bewegungen in den Maghreb-Staaten inzwischen von der europäischen Politik begrüßt. Doch dass Menschen, die nach mehr Freiheit streben, sich auch frei bewegen wollen, gilt wie selbstverständlich als Problem. Anders als bei flüchtigen DDR-Bürger\_innen 1989, wird diesmal der Wunsch nach Sicherheit und einem materiell verbesserten Leben nicht anerkannt. Um in der EU leben zu dürfen, muss etwas angeboten werden: eine möglichst hohe Qualifikation, die auch noch auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt wird. Dann darf es auch mal jemand aus Tunesien oder Algerien sein. So funktionieren Menschenwürde und Freizügigkeit im bürgerlichen Nationalstaat. Wer seinen Kriterien nicht entspricht, muss eben zuhause bleiben, egal wo das ist.

Damit die Fliehenden auch wirklich dort bleiben wo der Pfeffer wächst, hat die Europäische Union FRONTEX eingerichtet – die „Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen“. Diese verhindert mit modernster Technik und Bewaffnung, dass vom Grundrecht auf Asyl zu viel Gebrauch gemacht wird. Dabei schleppt sie auch gerne mal Flüchtlingsboote aufs offene Meer zurück, oder überstellt Flüchtlinge gleich den uniformierten Kollegen in Verfolgerstaaten. Beim Versuch, das europäische Grenzregime zu überwinden, sind in den vergangenen Monaten Hunderte, wenn nicht Tausende ertrunken. Die Abendländer kümmert das bislang eher wenig.



In den EU-Staaten selbst wird Jugendlichen, deren Großeltern einmal in der Türkei, in arabischen Staaten oder anderswo gelebt haben, durch Medienmeinung und Abschiebep Praxis klar gemacht, dass sie ins Land ihrer Verfahren verschwinden können, wenn sie sich hier nicht brav „integrieren“. In Österreich und vielen anderen europäischen Ländern lassen sich mit offen rassistischen Positionen saftige Mehrheiten erzielen. In Deutschland wird der anschwellende Rassis-

mus der Mehrheitsgesellschaft noch problemlos von den Parteien der Mitte repräsentiert. Ausgrenzung wird meist mit Verweisen auf eine vermeintlich andersartige kulturelle Prägung begründet. Seltener sind sozialdarwinistische Begründungsversuche, die im Vokabular der rassistischen Genetik übers Erbgut faseln. Selbstgefällig wird unterschlagen, dass das Leben von Menschen „mit Migrationshintergrund“ vor allem durch jahrzehntelange und anhaltende Diskriminierung bestimmt ist.

Auch deutsche Ureinwohner werden auf Trab gebracht, wenn sie sich nicht für den Standort ins Zeug legen. Wer hier lebt und aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht abgeschoben werden kann, soll sich wenigstens nützlich machen. In sachlichem Ton fordern Politiker\_innen Arbeitsdienst für Transferleistungsabhängige – sei es in der Kinderbetreuung oder beim Schneeschippen und Laubsammeln. Wer solche „gemeinnützigen“ Jobs verweigert, bekommt seine Bezüge gekürzt. Auch sonst lässt die staatliche Arbeitsverwaltung kaum eine Gelegenheit aus, Zuwendungsberechtigte durch systematische Willkür zu gängeln: durch endlose Prüfverfahren, hirnrissige Qualifikationsmaßnahmen, erzwungene Wohnortwechsel und dergleichen mehr. Durch all das fördert und fordert der Staat die charakterliche Entwicklung seiner Bürger\_innen zu selbstbestimmten Standortameisen.

Vielen Dank für die Blumen. Wir verzichten gern auf eure Erziehung zum Mitmachen. Den Zwängen der kapitalistischen Ordnung kann sich zwar niemand einfach entziehen. Es gibt aber auch keinen Grund, sie willig zu vollstrecken. Die kläglichen Privilegien der so genannten freien Welt sind ohnehin nur möglich, weil andere ausgeschlossen und niederkonkurriert werden. In dieser Weltordnung geht es allen schlecht, manchen nur auf höherem Niveau.

**Horizonte der Politik: Der staatliche Selbstzweck**

Alternativlos“ ist ganz zu Unrecht das Unwort 2010. Es beschreibt sehr treffend den Charakter aktueller Staatspolitik. Das Argument der Alternativlosigkeit soll die Brutalisierung staatlichen Handels rechtfertigen. Dabei wird aber auch der schmale Horizont der herrschenden Politik deutlich. Denn alternativlos – und damit einzig zu rechtfertigen – sind Sozialabbau, Flüchtlingsabwehr und das Sortieren von Menschen in nützliche und unnütze nur unter der Bedingung zwanghafter Kapitalverwertung und Profitvermehrung. Deren alltägliche Katastrophen wiederum lassen die behauptete Alternativlosigkeit überhaupt erst plausibel erscheinen. Diese Tretmühle muss gestoppt werden. Dafür braucht es eine solidarische Bewegung, die über die Summe der persönlichen und nationalen Interessen hinaus denkt.

In Österreich und Deutschland ist eine solche Bewegung bislang nicht auszumachen. Die Unruhen, die Nordafrika, Griechenland und Portugal unter verschiedenen Vorzeichen aufwühlen, haben auf Zentraleuropa nicht übergriffen. Die mageren sozialen Kämpfe drehen sich um die Verteidigung vermeintlich fortschrittlicher „sozialer Rechte“. Im Parlament wird gestritten, ob staatliche Transferleistungen monatlich um fünf oder acht Euro aufgestockt werden sollen. Wer mit solchen Minimalforderungen Politik macht, hat die Spielregeln und Zwänge staatlicher Herrschaft längst anerkannt. Ein Übriges leistet die Ideologie der „Sozialpartnerschaft“ zwischen Lohnabhängigen und Unternehmen. Am Ende stehen Reformen, die, am Maßstab der vorhandenen Produktivkräfte und der Möglichkeit einer solidarischen Gesellschaft gemessen, schlicht jämmerlich sind.

**Der kommende Aufstand**

Deutschland oder Österreich brauchen also offensichtlich keine Angst zu haben, dass plötzlich ägyptische Zustände ausbrechen. Dennoch befürchten diese Staaten, dass ihre Menschen die Spielregeln der kapitalistischen Gesellschaft umgehen könnten. Deshalb kontrollieren sie sie mit hoch technisierten Überwachungsmethoden, speichern Telefon und Internetdaten, lassen sie durch Ämter und Behörden bespitzeln, schleusen verdeckte Ermittler in linke Hochschulgruppen ein, und so weiter. Jede halbwegs gesellschaftskritische Position wird inzwischen als „extremistisch“ denunziert, und so auch der leiseste Gedanke verunglimpft, dass die Welt auch anders eingerichtet werden könnte. „Blühende Landschaften“ und „Wohlstand für alle“ werden auch längst nicht mehr versprochen. Der gute Staatsbürger von heute muss auf dem Markt zuschlagen können wie ein Hammer und ein-

stecken wie ein Amboss. Nur „seines Glückes Schmied“ wird auf diese Weise kaum jemand.

Vielen Dank für die Blumen. Die Paranoia der staatstragenden Politik verdeutlicht nur ihre verzweifelte Lage. Sie muss den Kapitalismus bis zum Letzten verteidigen, doch verlockende Argumente dafür findet sie nicht mehr. Dass Staat und Kapital den Bedürfnissen der Menschen dienen, wird als Ideologie immer unglaubwürdiger. Auch der real existierende Sozialismus hat vor allem gezeigt, dass staatliche Strukturen keine Option auf Befreiung bieten. Staat und Kapital sind zusammen entstanden und lassen sich auch nur zusammen bekämpfen.

Staat und kapitalistische Produktionsweise zwingen alle, ihr Auskommen im Wettstreit gegen einander zu sichern. Krisen sind dabei unausweichlich, kein „Stresstest“

wird sie verhindern können. Sozialchauvinismus und Rassismus sind die neuen Leitideologien dieser Crash-Gesellschaft. Sie fordern Anpassung und Ausgrenzung gleichermaßen, erhöhen den Druck auf alle und jedes Einzelnen auf sich selbst.

Am 22. Juni trifft sich die Innenministerkonferenz in Frankfurt am Main. Der Bundesminister und seine Länderkollegen wollen neue Drangsalierungsmaßnahmen und Integrationsauflagen verabreden. ...UmsGanze! kommt auch, um folgendes klarzustellen:

Wir wollen eure Ordnung fallen sehen, lieber heute als morgen. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Staat, Nation und Kapital – und ganz sicher ohne Ausländerbehörde.

Für den Kommunismus!

*Sans Papiers – insbesondere aus Afrika – vor 15 Jahren in Paris mit der Forderung „Papiere für Alle“ in die Öffentlichkeit traten.*

*Der Aufbruch in Nordafrika zeigt, was alles möglich ist. Es geht um nicht weniger als um ein neues Europa, ein neues Afrika, eine neue arabische Welt. Es geht um neue Räume der Freiheit und Gleichheit, die es in transnationalen Kämpfen zu entwickeln gilt: in Tunis, Kairo oder Bengazi genauso wie in Europa und den Bewegungen der Migration, die die beiden Kontinente durchziehen.*

8. März 2011

Afrique-Europe-Interact  
Welcome to Europe  
Netzwerk Kritische Migrations-  
und Grenzregimeforschung

## Theorie & Praxis – Dates:

### migrations beats in Göttingen:

Donnerstag, 9. Juni | Theaterkeller | 19.30 Uhr  
„Freiheit statt Frontex – Bericht von einer Recherche- und Kontaktreise nach Tunesien“  
Veranstaltung mit Bernd Kasperek (kritnet.org)  
veranstaltet von: Gruppe Gegenstrom

Montag, 13. Juni | Kino Lumiere | 20 Uhr  
„Deutschland Schwarz Weiß“  
Lesung mit Noah Sow. Mehr zum Buch:  
deutschlandschwarzweiss.de  
veranstaltet von: AK Asyl & Dienstagsplenum gegen Abschiebung und Rassismus mit Unterstützung von Kino Lumiere und Theaterkeller

Dienstag, 14. Juni | JuzI | 20 Uhr  
Info- und Mobilisierungsveranstaltung zur Innenministerkonferenz in Frankfurt/Main  
Mehr Informationen:  
umsganze.de | imkaufloesen.blogspot.de  
veranstaltet von: redical M und Gruppe Gegenstrom

Freitag, 17. Juni | 20 Uhr | (Noch)-Vertigo  
„Krise & Widerstand in Frankreich“  
Diskussionsveranstaltung mit Bernhard Schmid  
Im Anschluss: „migration beats“-Party  
veranstaltet von: redical M

Samstag, 25. Juni | Wagenplatz | 19 Uhr  
„Wir haben das alles satt!“  
Filmvorführung über Les Réfugiés – eine Band aus dem Flüchtlingslager Blankenburg  
Im Anschluss: **Konzert**  
veranstaltet von: AK Asyl & Dienstagsplenum gegen Abschiebung und Rassismus

Donnerstag, 7. Juli | Theaterkeller | 20.30 Uhr  
„Die Strategie der Strohhalme“  
Ein Film von kanal B

Donnerstag, 14. Juli 2011 | ver.di-Haus | 19.30 Uhr  
„Lasst es uns Rassismus nennen!“  
Veranstaltung mit Vassilis Tsianos  
Mehr Informationen: kritnet.org  
veranstaltet von: Gruppe Gegenstrom Göttingen

Freitag, 19. August 2011 | tba | 22 Uhr  
Konzert mit **Microphone Mafia + Esther, Edna und Joram Bejarano**  
Musik und Infos: microphone-mafia.com |  
myspace.com/testanera

Freitag, 26. August | t.b.a | 19 Uhr  
„Werte, Normen, Abendland – Rechtspopulismus in Westeuropa“ |  
Informationsveranstaltung mit Avanti, Projekt undogmatische Linke, OG Hannover

Samstag, 10. September 2011 | tba | 22 Uhr  
Konzert mit **Chaoze One und Lotta C** |  
Mehr Musik: c1.neinnein.com  
myspace.com/lottac

### Wir kommen um zu stören – IMK in Frankfurt auflösen!

Montag, 20. Juni | Flughafen Frankfurt/Main  
Terminal 1 | Bereich B | 18 Uhr  
„Tatort Flughafen – Das Abschieberegime stoppen!“  
Demo des Aktionsbündnisses gegen Abschiebung und der Jugend ohne Grenzen am Flughafen  
Infos: noborderffm.blogspot.de/

Mittwoch, 22. Juni | Hauptwache, Frankfurt | 18 Uhr  
„Wir kommen um zu stören! IMK auflösen!“  
Bundesweite Demo  
Infos: imkaufloesen.blogspot.de und umsganze.de  
Buskarten aus Göttingen auf den „migrations beats“-Veranstaltungen und im Buchladen Rote Straße. Infos: redical.org

### Gegen Burschenschaften!

Samstag, 18. Juni | Hauptbahnhof  
Eisenach | 14 Uhr  
„Burschentag in Eisenach zum Desaster machen – Männerbünde auflösen“  
Bundesweite Demonstration gegen „Burschentag der deutschen Burschenschaft“  
Infos:  
gegenburschentage.blogspot.de

Dienstag, 7. Juni | ZHG 003, Uni Gö  
18 Uhr  
„Damit wir Männer werden ...“ –  
Mensur und Kneipe als „Charakter-  
erziehungsmittel“  
Veranstaltung mit  
Dr. Dietrich Heither

Dienstag, 14. Juni | ZHG 004, Uni Gö  
19 Uhr  
„Studentenverbindungen als Teil  
rechter Netzwerkverbindungen“  
Veranstaltung mit Jörg Kronauer

Donnerstag, 16. Juni | t.b.a.  
„Die Geschichte der Deutschen Burschenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Göttinger Verbindungen“  
Veranstaltung mit der Basisgruppe  
Geschichte  
Infos: bg-geschichte.net

### Antifee 2011

Freitag, 10. Juni | Campus Uni Gö | ab 16.30 Uhr  
Samstag, 11. Juni | Campus Uni Gö | ab 14 Uhr  
„Antifee!“ – Festival für Feminismus und gelebte Gesellschaftskritik. Feiern für einen emanzipatorischen Alltag.  
Das selbstorganisierte Antifee Festival zum fünften Mal in Folge in Göttingen statt. Es verbindet Kultur und Politik: an zwei Tagen gibt es Bands, Workshops, Vorträge, Diskussionsrunden, Kinderprogramm, Party und mehr  
Infos: antifee.de

### Kein Frieden mit Deutschland und seinen Nazis!

Samstag, 11. Juni | Marktplatz Northeim | t.b.a.  
„NPD-Kundgebung verhindern!“  
Achtet auf Ankündigungen!  
Z.B. auf: redical.org

